

Wöchentlich 75 Bl., monatlich 3,25 Bl.  
(Dabei 67 Bl. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im Voraus zahlbar.  
Preis pro 3 Bl. 1,00 Bl., einjährlich 30 Bl.  
Die Lieferung und 75 Bl. Vorkosten für  
Zustellung. Auslandsendungen 2,00 Bl.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Briefschadenporto 4,65 Bl.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Samstags und Sonntags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Sonderdruck mit dem Titel „Der  
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage  
„Welt und Zeit“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Telefon: Dönhofs 1A 7 292-297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87 536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3 De. S. u. Tele.-Ges., Depotkont. Jerusalemstr. 45-66

Donnerstag  
10 März 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die extra post. Millimeterzeile 90 Pf.  
Kleinere 2.- 30. -kleiner An-  
zeigen: das festgedruckte Wort 20 Pf.  
Zusätzlich zwei festgedruckte Worte, jedes  
miter 10 Pf. Neben 10. Tarif  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-  
zeile 20 Pf. Familienanzeigen Millimeter-  
zeile 16 Pf. Einzigeinnahme  
im Hauptgeschäft Einrenten 2  
wochentlich von 9 bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-  
rechnung nicht annehmender Anzeigen vor!

# Braun für Hindenburg.

## Aufruf an alle sozialdemokratischen Wähler.

### Ich wähle Hindenburg!

Von Otto Braun.

Warum Hindenburg? Diese Frage bewegt heute noch zahlreiche Wähler, die mit Freuden für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, mit Begeisterung für ihn werben würden. Ja, wenn es bei der Wahl des Reichspräsidenten darauf ankäme, ein Bekenntnis zum sozialdemokratischen Programm abzulegen, die Stärke der Sozialdemokratischen Partei anzudeuten, dann könnten alle sozialdemokratischen Wähler ihrer inneren Überzeugung folgend mit dem Stimmzettel Zeugnis ablegen für die Sozialdemokratie und ihre Politik. Dazu werden sie übrigens bei den kommenden Landtagswahlen hinreichend Gelegenheit haben.

Am 13. März aber werden die Wähler nicht aufgerufen, um, wie bei den Parlamentswahlen, sich für die Politik einer Partei auszusprechen, sondern sie sollen einen Mann zum Reichspräsidenten wählen, der durch seine Person und sein Wirken die Gewähr bietet, daß er das höchste Amt, das das deutsche Volk zu vergeben hat, treu der republikanischen Verfassung und seinem Eide zum Wohle des ganzen Volkes verwaltet und die ihm verliehene Macht nie mißbrauchen wird.

Gewiß, Ebert, der erste deutsche Reichspräsident, hat durch seine Amtsführung bewiesen, daß ein Sozialdemokrat dem deutschen Volke diese Gewähr bietet. Und wenn die geringste Aussicht bestände, daß ein sozialdemokratischer Kandidat am nächsten Sonntag die Mehrheit der Wählerstimmen oder in einem eventuellen zweiten Wahlgang auch nur die relative Mehrheit erlangen könnte, dann hätte man ihn aufstellen und für ihn stimmen müssen. Diese Aussicht besteht leider nicht.

Infolge der unsinnigen Politik der Kommunisten, die erhebliche durch die wirtschaftliche Not zermürbte Arbeitermassen verwirrt hat und einem Phantom nachjagen läßt, ist die Wahl eines Sozialdemokraten ausgeschlossen. Noch viel weniger hat der Kommunist Thälmann Aussicht, gewählt zu werden, von dem Hugenberg-Kandidaten Duesterberg oder dem Kandidaten der rotgestempelten Taufmarktscheine ganz zu schweigen. Den Wählern bleibt daher nur eine Alternative:

### Hindenburg oder Hitler?

Zwischen beiden haben die Wähler zu entscheiden. Kann da die Wahl schiefgehen? Man sehe sich die Männer an.

Hitler, dieser Prototyp des politischen Abenteuerers, der durch eine aus dunklen Geldquellen gespeiste demagogische Agitation alle Desperados, Massen Verzweifelter und Hoffnungsloser, wie alle jene Kreise, die aus kapitalistischer Profitgier und reaktionärer Gesinnung oder politischem Unverstand dem heutigen Volksstaat todschädlich gegenüberstehen, um sich geschart und für sein nebelhaftes Drittes Reich gewonnen hat, das allen Volksteilen alles was sie wünschen, und zwar immer auf Kosten des anderen Teiles, verspricht.

Demgegenüber Hindenburg. Die Verkörperung von Ruhe und Stetigkeit, von Mannestreu und hingebender Pflichterfüllung für das Volksganze, dessen Leben klar vor aller Augen liegt, der nicht zuletzt auch durch seine siebenjährige Amtsführung als Reichspräsident bewiesen hat, daß sich alle die auf ihn verlassen können, die Deutschland vor dem Chaos bewahren und in friedlicher schicksalverbundener Zusammenarbeit aller Volkskreise aus dem jetzigen Wirtschaftselend wieder aufwärts führen wollen.

Die Wahl Hitlers würde das wirtschaftliche Elend bis zur Unerträglichkeit steigern, Staatsstreich, politische Unterdrückung und Bürgerkrieg zur Folge haben und schließlich die Gefahr des Zerfalls des Reiches heraufbeschwören.

### Deshalb muß Hitler eine Niederlage bereiten, Hindenburg gewählt werden

Nich trennt in Weltanschauung und politischer Einstellung eine tiefe Kluft von Herrn von Hindenburg. Doch hat das Menschliche, das heute in unserm öffentlichen Leben leider kaum noch Geltung hat, eine Brücke über diese Kluft geschlagen, die uns zusammenführt und eint in dem Streben, jeder nach seiner Überzeugung, das Wohl des Volkes zu fördern. Ich habe den Reichspräsidenten kennengelernt als einen Mann, auf dessen Wort man bauen kann, als einen Menschen reinen Willens und abgeklärten

Urteils, erfüllt von kantischem Pflichtgefühl, das ihn auch veranlaßt hat, trotz seines hohen Alters und seiner begreiflichen Sehnsucht nach Ruhe erneut sich dem deutschen Volke zur Verfügung zu stellen und die schwere Bürde seines verantwortlichen Amtes auf sich zu nehmen.

Ein Mann dieser Befensart mußte die enttäuschen, die von ihm Verletzung seines Eides und Verfassungsbruch erwarteten. Weil er als Schlichter der Verfassung, treu seinem Eide, zum deutschen Volke stand, deshalb verfolgen sie ihn jetzt mit giftigem Haß und überschütteten ihn mit Schmähungen und niedrigen Verleumdungen.

Weil dem so ist, trete ich für ihn ein. Ich wähle Hindenburg und appelliere an die Millionen Wähler, die vor sieben Jahren für mich gestimmt und an alle, die darüber hinaus mir und meiner Politik Vertrauen entgegenbringen:

### Tut desgleichen, schlägt Hitler, wählt Hindenburg!

# Heraus zum Aufmarsch der Eisernen Front!

Am Freitag, 17 1/2 Uhr: Lustgarten • Genosse Aufhäuser spricht.

### AUFMARSCHPLAN

Stadtbezirke Wedding, Mitte, Reinickendorf und die in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten: 16,30 Uhr Grenzstraße (Humboldthain), Spitze des Zuges Brunnenstraße. Marsch durch: Brunnen-, Eisasser-, Artilleriestraße, Am Kupfergraben, Museumstraße, Lustgarten.

Stadtbezirke Prenzlauer Berg, Pankow, Weißensee und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten: 16,30 Uhr Danziger Straße (Mittelpromenade), Spitze des Zuges Weißenburger Straße. Marsch durch: Weißenburger Straße, Schönhauser Allee, Dragoner-, Roch-, Neue Friedrich-, Museumstraße, Lustgarten.

Stadtbezirke Friedrichshain, Lichtenberg, Troptow, Köpenick und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten: 16,30 Uhr Köstriner Platz, Spitze Paul-Singer-Straße. Marsch durch: Paul-Singer-, Blumen-, Schickler-Kloster-, Kaiser-Wilhelm-Straße, Lustgarten.

Stadtbezirke Kreuzberg, Neukölln und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten: 16,30 Uhr Fontane-Promenade, Spitze Urbanstraße. Marsch durch: Urban-, Baerwald-, Prinzen-, Dresdener-, Neue Roß-, Roß-, Breite Straße, Schloßplatz, Lustgarten.

Stadtbezirke Tempelhof, Schöneberg, Zehlendorf, Wilmersdorf, Steglitz und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten: 16,30 Uhr Hornstraße, Spitze des Zuges Yorckstraße. Marsch durch: Yorck-, Gneisenau-, Mittenwalder-, Brachvogel-, Alexandriner-, Dresdener Straße und weiter wie Zug Fontane-Promenade.

Stadtbezirke Charlottenburg, Tiergarten, Spandau und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten: 16,30 Uhr Kleiner Tiergarten, Spitze des Zuges Stromstraße. Marsch durch: Alt-Moabit, Invalidenstraße, Hessische Straße, Hannoverische, Eisasser Straße und weiter wie Zug Grenzstraße.

### Kampfleitung Berlin der Eisernen Front

# SA-Vorbereitung zum Bürgerkrieg

SA-Führer fabriziert Bomben! - Wegen Sprengstoffdiebstahl verhaftet.  
Der Legalitätsschwindel enthüllt.

Ludwigshafen, 9. März. (Eigenbericht.)

In Ludwigshafen wurde der Führer der pfälzischen SA und SA., Theodor Giese, in seiner Wohnung verhaftet.

Die Verhaftung erfolgte unter dem Verdacht, daß Giese aus einem Werk der SA-Farben, wo er beschäftigt war, Sprengstoff gestohlen hat. Der Sprengstoff sollte zur Herstellung von Bomben dienen. Giese war zu diesem Zweck mit nationalsozialistischen Parteifreunden in Birmasens, wo die Bomben hergestellt werden sollten, in Verbindung getreten. Bisher sind über 30 Bomben und eine große Anzahl Pakete mit Sprengstoff beschlagnahmt worden. Außer dem nationalsozialistischen Sturmführer wurden dessen Adjutant, ein ehemaliger Maschinenmeister der SA-Farben, sowie drei Nationalsozialisten aus Birmasens festgenommen. Sie wollten die Bomben, wie sie bereits gestanden haben, zu einem Angriff be-

nutzen, und zwar, wie sie sich herausreden zu einem Angriff für den Fall eines Angriffes von kommunistischer Seite. Die hiesige Bevölkerung ist über die unüberhörsenen Bürgerkriegsabsichten der Nationalsozialisten außerordentlich erregt.

Aus einer Mitteilung der Pressestelle des Oberstaatsanwalts in Zweibrücken, der die Untersuchung wegen des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz leitet, geht hervor, daß außer dem beschlagnahmten Sprengmaterial und außer den beschlagnahmten Bomben noch weiteres Sprengmaterial und weitere Bomben versteckt worden sind. Ein Teil des beschlagnahmten Sprengmaterials ist inzwischen nach Ludwigshafen zurücktransportiert worden.

Die Nationalsozialistische Partei versucht sich aus dieser Affäre herauszureden. Sie läßt folgendes mitteilen: „Zu der Bombenangelegenheit in der Pfalz wird mitgeteilt, daß die RSDAP der ganzen Angelegenheit fernstehe. Sämtliche

Beteiligte, die der NSDAP angehört, seien, als der Verdacht bekanntgemacht sei, sofort aus der Partei ausgeschlossen worden.  
Der Ausschluß ist also erfolgt, weil die Nationalsozialisten erwünscht worden sind. An den Legalitätsschwindel glaubt kein Mensch mehr! Jeder weiß, daß Hitlers S. L. bewaffnet ist — fast bis auf den letzten Mann! Die vielen Bluttaten, die auf das Schuldkonto der Nazis fallen, sind Beweis genug dafür.

## Nazibluttat in Breslau.

Im eigenen Hause von Nazi-Mordbuben niedergeschossen.

Breslau, 9. März. (Eigenbericht.)

Die nationalsozialistische Mordpest hat in Schlesien schon wieder ein Opfer gefordert. Im Hause Uferstraße 32 in Breslau schossen Flugzettel verteilende Nationalsozialisten am Mittwoch einen Sozialdemokraten namens Hermann Günther, der die Annahme ihrer Flugblätter verweigerte, über den Hausen. Günther, der seit dem Jahre 1906 der SPD angehört, erhielt sieben Schüsse, davon drei in die Brust. Er wurde in die Univeritätsklinik geschafft, wo er sich sofort einer Operation unterziehen mußte.

Der amtliche Bericht des Breslauer Polizeipräsidenten bestätigt eindeutig, daß die Schuld an der Bluttat, die sich Mittwochvormittag gegen 11 Uhr im Hause Uferstr. 32 in Breslau abgespielt hat, auf Seiten der Nationalsozialisten liegt. Der angeschossene Hermann Günther hatte die nationalsozialistischen Flugblattverteiler in durchaus höflichem Ton zum Verlassen seines Hauses aufgefordert. Als er sich daraufhin, weil die Nationalsozialisten seinem Wunsche zu entsprechen schienen, in seine Wohnung zurückgeben wollte, fielen plötzlich mehrere Schüsse aus dem nächsthöheren Stockwerk, durch die Günther in Arm, Brust und Anie getroffen wurde. Die Verletzungen sind erstrecktweise nicht lebensgefährlich, doch mußte Günther sich sofort einem operativen Eingriff in der chirurgischen Univeritätsklinik unterziehen.

Der feige Schütze konnte bisher nicht festgestellt werden. Sechs der nationalsozialistischen Flugblattverteiler wurden verhaftet. Ferner wurde das Lokal, von dem aus die Verbreitung der Wahlzettel erfolgte, polizeilich geschlossen.

## Breitscheid in Hamburg.

Das Verbrechen der Thälmann-Kandidatur.

Hamburg, 9. März. (Eigenbericht.)

Vor den Zehntausenden sprach in Hamburg Dr. Rudolf Breitscheid, mit Ovationen empfangen, ging von der juchzenden wirtschaftlichen Not aus, in die Millionen Menschen verstrickt sind. Um so größer sei das Heldentum der politischen Einsicht und Vernunft, das die Arbeitslosen beweisen, die in den vordersten Reihen der Eisernen Front kämpfen. Die Nationalisten haben solange gebrüllt „Deutschland erwache“, bis das bessere Deutschland erwacht ist. Diese Republik ist gewiß nicht unsere Republik, aber sie ist die einzige Voraussetzung für die Sicherung politischer Freiheit und sozialen Aufstiegs. Freiheit und Aufstieg sind in Gefahr durch den Faschismus, aber auch dadurch, daß die Kommunisten den Faschisten durch eine aussichtslose Kandidatur bewußt Hilfe leisten!

Sieg des Faschismus wäre härteste Sozialreaktion und Sklaverei.

Um so größer ist der Verrat der SPD., die der gegen den Sozialismus kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fällt.

Herr Thälmann kandidiert, obgleich keine Aussicht für seine Wahl besteht, aber auf die Gefahr hin, daß dadurch Hitler gewählt wird. Eine solche Zählkandidatur ist ein Verbrechen. Darum wählen wir Hindenburg. Er ist nicht unser Mann, aber er ist der einzige Kandidat, mit dem wir Hitler schlagen können! Hindenburg hat auch seinen Eid auf die Verfassung gehalten, deswegen sind ja seine früheren Freunde ihm untreu geworden.

Innen- und außenpolitisch steht viel auf dem Spiel. Wir möchten unseren Weg ohne Gewalt gehen, aber wir lassen uns nicht mehr als abklatschen! Wenn unsere Gegner es so wollen, dann werden wir zu kämpfen und zu siegen wissen.

Außenpolitisch ist uns der Weg einer Politik der Verständigung vorgeschrieben. Wohl sagen wir: Deutschland kann nicht zahlen, aber wir hätten uns, zu sagen, Deutschland will nicht zahlen. Breitscheid gedachte in diesem Zusammenhang Kristide Briand: Es gibt keinen Mann, der mehr für den Frieden getan hat und der mehr Verständnis für die Not Deutschlands gehabt hat als Briand.

Wir wollen den Frieden. Wir wollen kämpfen für den Sozialismus, für den wahren Volksstaat. Die Reichspräsidentenwahl ist eine wichtige Schlacht in unserem Befreiungskampf. Wir führen diese Schlacht unter der Parole: Wer Hitler schlagen will, muß Hindenburg wählen.

Breitscheid wurde immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochen, die sich am Schluß zu gewaltigen Kundgebungen der Uebereinstimmung steigerten.

## Liebe und Gegenliebe.

Schuff! Lump! — Schlimmer als Türken und Tscherkessen

Der Reichstagsabgeordnete Hinkel hat den Stahlhelmführer Major Stephani „den berühmten Major Stephani“ und „einen Schuff! und Lumpen“ genannt.

In Dresden sprach dafür Herr Duesterberg gegen die Nazis und stöhnte dabei:

„Ich habe in meinem militärischen Leben mit Türken und Tscherkessen verhandelt, so etwas aber wie mit den Nationalsozialisten habe ich nirgends erlebt! Man mußte uns einfach Kapitulation und Unterwerfung zu.“

Der norwegische Ministerpräsident Rolstad ist nach längerem Nierenleiden gestorben. Er war seit etwa zwei Monaten an einem Nierenleiden erkrankt. Nach norwegischem Brauch hat das Kabinett das Rücktrittsgesuch eingereicht.

Englische Bombenabwürfe an der indischen Grenze trafen ein jenseits der Grenze gelegenes Dorf, dessen Bewohner mit den aufständischen Stämmen, die die Grenze bedrohen, zusammenarbeiten. Bisher abgeworfene Flugblätter, in denen die Aufständischen aufgefordert wurden, sich zu versetzen, da sonst Bombenabwürfe folgen würden, waren vergeblich geblieben.

# Röhm bestätigt.

Echtheit der Briefe gerichtsnotorisch / Trotzdem hält Hitler an dem „Röhmling“ fest

Wie der Staatssekretär des Dritten Reiches, so besitzt jetzt auch die Nazipresse die Sitze, die Veröffentlichungen über Hitlers Stabschef, die von Röhm persönlich stammen, als „Verleumdungshege“ abzutun. Wir waren darauf gefaßt; denn schließlich bestreiten die Sittenrichter des Dritten Reiches alles, was ihnen nicht paßt, und wenn es hundertmal wahr ist. Aber diesmal haben sie sich geschnitten. Die Briefe des Herrn Röhm über sein Liebesleben, die dieser Tage veröffentlicht wurden, bildeten vor einigen Monaten den Gegenstand eines Verfahrens, in dessen Verlauf auch Herr Röhm persönlich vernommen wurde. Er hat dabei am 28. Juli 1931 nach dem amtlichen Protokoll des Amtsgerichts München, Abteilung Strafgericht, vor Amtsgerichtsrat Kemmer folgenden Aussagen ausgesagt und unterzeichnet:

„Den mir vorgezeigten, in blauem Umschlag befindlichen, von mir handschriftlich geschriebenen Brief aus Munique habe ich an Dr. S. geschickt, ebenso auch den zweiten mit Schreibmaschine in roten Lettern geschriebenen Brief, La Paz, 25. Februar 1929. Ich gebe hierzu keine weiteren Erklärungen ab. Der weitere mit vorgezeigte Brief d. d. München, Herzogstraße 4/III vom 3. Dezember 1928 an Dr. S. ist durch ein Buch veranlaßt, das Dr. S. selbst herausgegeben und mir zugesandt hat.“

Röhm gibt in dem amtlichen Protokoll also zu, was er selbst und die Nazipresse jetzt öffentlich bestreiten. Er bestätigt, daß

er die in diesen Tagen mit genavem Datum veröffentlichten Briefe geschrieben hat und bestätigt damit ihren Inhalt, durch den er sich neuerdings „verleumdet“ fühlt. Er fühlt sich „verleumdet“, und die Nazipresse folgt ihm in ihrer abgrundtiefen Verlogenheit darin, obwohl er vor dem Amtsgericht in München zugegeben hat, daß er in Bolivien „für junge Regier etwas übrig“ gehabt hat, daß ihm in Berlin „die Art und Weise des homosexuellen Verkehrs ganz besonders gefallen“ hat, daß er von seiner Berliner männlichen Gemahlin Bilder über den Verkehr zwischen homosexuellen gewünscht hat und er den Adjutanten Hitlers, Herrn Rosenberg, in einem Briefe als „tölpelhaften Moralisten“ bezeichnet hat.

Das alles steht einwandfrei fest, ebenso die Tatsache, daß das Verfahren gegen Herrn Röhm nach § 175 weiterläuft und nicht eingestellt ist, wenn auch der „Völkische Beobachter“ diese Tatsache zu bestreiten sucht.

Trotzdem spricht die Nazipresse von „Verleumdungshege“, und trotzdem hat der Präsidentschaftskandidat der NSDAP, bisher nichts unternommen, um die S. L.-Jugend aus den Klauen des Herrn Röhm zu befreien. Das beweist einmal, wie abgrundtief die Verlogenheit der Nazipresse ist, und daß diese Presse vor keiner Gemeinheit, keiner Lüge und Verleumdung zurückschreckt, zugleich aber auch, wie verrippt das Nazibonzentum ist. Ihr System ist wieder einmal entlarvt. Es ist das römische System, das vor nichts zurückschreckt und sich vor nichts erbeugt!

# Sozialreaktionär Hitler.

Sein wahres Programm. — Gewerkschaften: verboten! — Sozialversicherung: Schluß! — 300 000 Beamte werden abgebaut!

Im Versprechen sind die Nazis groß. Sie versprechen jedem alles mögliche. Schadet nichts, wenn sich manche Versprechungen miteinander nicht reimen. Man ist doch nicht verpflichtet, auf dem Lande zu erzählen, was man in den Städten den Arbeitslosen sagt, und der Arbeiterschaft mitzuteilen, was für man sich bei den Unternehmern verpflichtet. Viele Nazi-Anhänger würden aber stuhig werden, könnten sie Einblick in die für die Parteireferenzen bestimmten Richtlinien bekommen, aus denen sonst nur je nach Bedarf einzelne Rosinen zur Propaganda bekanntgegeben werden. Hier einige Kostproben aus den „Richtlinien der nationalsozialistischen Wirtschaftsorganisation“:

Der nationalsozialistische Staat wird eine „organisch aufgebaute“ Wirtschaftsorganisation haben; die Ständekammern, über denen der Wirtschaftsführer oder Wirtschaftspräsident steht, welcher von Staats wegen unter Garantie der nationalsozialistischen Bewegung eingesetzt wird.“ An der Spitze der Reichswirtschaftsrat, bestehend aus dem Präsidenten, Wirtschaftsführer und der Vertretung der Ständekammern.

„Gewerkschaften sind dabei nicht vertreten, weil solche keine Erstensberechtigung mehr haben.

Da durch die Fachgruppen (in den Ständekammern) die drei Erwerbsgruppen, nämlich Unternehmer, Angestellte und Arbeiter, schon erfasst worden sind.“ Streitigkeiten werden auf die einfachste Weise beglichen: „Durchführung der Schlichtungsverfahren bei Differenzen. Hierbei gibt es nur Entscheidung auf ja oder nein, sowie Ueberweisung zur Entscheidung an den Präsidenten.“

Ausperrung und Streik sind durch das Gesetz verboten.“

Das Schicksal der Sozialversicherung ist für Arbeiter und Angestellte eine brennende Frage. Die Richtlinien sagen darüber: „Es ist ohne weiteres zu behaupten und nachzuweisen, daß die Sozialversicherung, wie sie sich uns in der gegenwärtigen Form

zeigt, eine Geburt des Marxismus ist, welche Klassenfördernd und volkschädigend wirkt.“

Daher im Dritten Reich: „Aufhebung des gesamten Versicherungswesens außer der Haftpflichtversicherung (so soll die Unfallversicherung umgewandelt werden), welche nach nationalsozialistischen Grundsätzen umgeformt werden muß.“

Die Arbeitslosigkeit wird beseitigt — durch die „planmäßige Rückführung der Arbeitslosen in die Landwirtschaft.“ Es wird „der Weg über die Arbeitsdienstpflicht beschritten. Vorher ist

1/2-jähriger Drill in Kaserne mit Schulung für die zukünftige Arbeit durchzuführen.“

Es wird auch für die Beamten geforgt: „Das Beamtenrecht tritt erst nach 12-jähriger erfolgreicher Tätigkeit und erwiesener Geeignetheit ein. Eine geistige und körperliche Auslese der Beamenschaft ist dringendes Erfordernis. Hier ist

ein Abbau von mindestens 300 000 Beamten ins Auge gefaßt.“

Erzählen das die Nazi-Redner, wenn sie zu den Beamten sprechen? Und nun zur Frage: „Reparations- und Tributverpflichtung.“ Zunächst klingt es energisch: „Abkehrung der Tribut- und Zinsneuschuld ist Bedingung unter Ausrottung der Kriegsschuldlinge, wodurch der Versailles Friedensvertrag fallen muß.“ Aber: „es herrscht kein Zweifel darüber, daß dieser wichtigste Fragenkomplex nicht am ersten Tage der legalen Machtergreifung Gegenstand der Beratung sein kann, sondern vielmehr muß auch hier ausschließlich nur nach Zweckmäßigkeitprinzipien verfahren werden... Auf alle Fälle ist danach zu fragen, immer wieder Zeit zu gewinnen, bis Deutschland besser und besser wehrfähig ist.“

Da anzunehmen ist, daß die Besserung der Wehrfähigkeit im Dritten Reich immer fortgeschritten würde, so wird wohl von den Versprechungen, Deutschland von allen äußeren Belastungen zu befreien, nur dies bleiben: „immer wieder Zeit zu gewinnen!“

## Zwischenakt.

Hanswurstkommödie im deutschen Trauerspiel.

„Ludendorffs Volkswarte“ veröffentlicht den folgenden Telegrammwechsel zwischen Ludendorff und Hindenburg:

General Ludendorff an den Reichspräsidenten am 25. Februar 1932:

„Verfassungswidrige Polizeigewalt gegen die politische und geistige Freiheit der von mir geleiteten Volksbewegung nimmt seit August vorigen Jahres immer groteskere Formen an. Das Volk erkennt, daß ein Teil der Rotverordnungen, die Gestettnelung betreffen, allein gegen mich und meine Bewegung gerichtet ist. Beschlagnahmen und Verbote häufen sich. Ich werde verhindert, zum Volke zu sprechen, das ein Recht hat, meine Meinung zu hören, da es weiß, wie ich ihm in ersterer Notlage des Weltkrieges geholfen habe. Jetzt ist sogar meine Zeitung „Ludendorffs Volkswarte“ während der Wahlzeit völlig willkürlich auf sechs Wochen verboten. Ich bin mit dem Bundesführer des Tannenbergbundes, General von Bronnart, auf sofortige Drahtantwort bereit, Ihnen als Reichspräsidenten, der dem Volke für die Rotverordnungen verantwortlich ist, unerbittlich Ausschluß über die verfassungswidrigen Zustände zu geben, da die Empörung im Volke steigt. Die Geschichte soll wissen, daß ich trotz vieler Erfahrungen auch diesen Schritt noch versucht habe.“ Ludendorff.

Der Reichspräsident an General Ludendorff am 26. Februar 1932:

„Bestätige Ihnen Empfang heutigen Telegramms, das ich nach Kenntnisnahme dem Reichsinnenminister zur Prüfung weiterleitete. Ersuche näheren Ausschluß unmittelbar an Reichsinnenministerium zu richten.“

v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Auf diese Antwort hin hat Ludendorff dem Reichspräsidenten mit einem Aufschrei geantwortet, der mit den folgenden Worten schließt:

„Das Wort Ihres Reichslänglers am Schluß seiner Rede: „Ob die Welt glauben soll, daß im deutschen Volke noch Ehrfurcht und

Achtung vor der Geschichte und der geschichtlichen Person besteht“, haben sämtliche amtliche Stellen durch ihr Verhalten gegen mich bereits verneinend beantwortet.“

Ludendorff.“

Im übrigen dekretiert Herr Ludendorff: „Heute muß die Feststellung genügen, daß durch die Rotverordnung jede Wahl als rechtmäßig erscheint.“ Herr Ludendorff ist der Meinung, daß es ganz gleichgültig ist, wer gewählt werde; denn sowohl Hindenburg als auch Hitler, Duesterberg wie Thälmann würden das Volk vor dem Sinai, dem „Berg jüdischen Hasses“, festhalten.

## Ritterlichkeit bei Duesterberg.

Wegen Unterzeichnung eines Hindenburg-Aufrufs aus dem Stahlhelm ausgeschlossen.

Die Hauptgeschäftsstelle des Hindenburg-Ausschusses teilt mit: Aus Krefeld wird uns berichtet, daß eine Ortsgruppe des Stahlhelm einem Mitglied folgendes Schreiben hat zugehen lassen:

„Baut Befehl des ersten Gauführers sind Sie aus dem Stahlhelm ausgeschlossen, da Sie durch Ihre Unterzeichnung unter den Hindenburg-Aufruf am 3. d. M. eine das Ansehen des Bundes der Frontkämpfer schädigende Haltung eingenommen haben.“

Das Mitglied des Stahlhelms, an das dieses Schreiben gerichtet wurde, hat mit folgendem Brief geantwortet:

„Ich halte diese Ausschließung unter der Begründung, eine das Ansehen des Bundes der Frontkämpfer schädigende Haltung eingenommen zu haben, für ganz unmöglich. Ich habe bisher nicht gewußt, daß der Stahlhelm eine einseitige politische Bindung vorschreibt. Es ist unglücklich, daß der Stahlhelm ein Mitglied ausschließen will, weil es seinem Ehrenvorsitzenden seine Stimme gibt.“

In dem Schluß des Briefes wird betont, daß der Ausschluß eines Mitgliedes unter der erfolgigen Begründung einem Ausschluß des Feldmarschalls von Hindenburg selbst gleichläufig und deshalb nicht anerkannt werden könne.

## Der Naziaufmarsch im Lustgarten.

Das „deutsche Berlin“ war nicht zur Stelle.

Im „Angriff“ von gestern steht die vierpaltige Balkenüberschrift: „Der Naziaufmarsch im Lustgarten.“ „Das deutsche Berlin ist zur Stelle.“ Weiter hieß es: Parole für heute nachmittag 5 Uhr: „Lustgarten! Nachtsoll demonstrieren wir für unsere Idee! Für den kommenden Führer des neuen Deutschland: Für Adolf Hitler! Zum erstenmal soll die deutsche Bevölkerung in einer überwältigenden Manifestation (welch unschönes Fremdwort! Auf deutsch sagt man Kundgebung, Herr Goebbels, D. Red.) ihren Willen zeigen, daß sie sich nicht länger von Leuten ins Elend führen lassen will, die dreizehn Jahre lang gezeigt haben, daß sie unfähig sind, ihre dauernden Versprechungen von Freiheit, Schönheit und Würde wahrzumachen.“

Weiter schreibt das Blatt des Herrn Goebbels:

„Die Nachricht von dieser Kundgebung hat eingeschlagen wie eine Bombe (es muß ein Blindgänger gewesen sein, D. Red.), nicht nur in Berlin selbst, sondern auch im Ausland horcht man gespannt auf und schaut nach dem Gelingen der Kundgebung die Kraft unserer Bewegung ein.“

Dann folgt ganz fett gedruckt: „Im Flugzeug sind von allen Seiten ausländische Sonderberichterstatter herbeigezogen, selbst vom fernen Baskan, um sich von dem neuerstandenen Freiheitswillen zu überzeugen. Das Ansehen des neuen Deutschland steht auf dem Spiel!“

Den Nationalsozialisten ist es vorbehalten geblieben, die ausländische Presse in dieser Weise anzuhändeln! Wir kennen diese Methode unmwürdiger und knechtischer Anbiederung an das Ausland ja genügend aus den Empfängen, die Herr Hitler im „Kaiserhof“ abhält. Nationalsozialistisch ist es eben, die deutsche Würde, die man dauernd im Raule führt, in einer rein innerdeutschen Frage Tag für Tag mit Füßen zu treten.

Im Aufruf des Herrn Goebbels hieß es weiter: „Wer also der unbequemen Zeit wegen an der Kundgebung fernbleibt (es steht so da!), schädigt nicht nur die Bewegung, sondern er treibt Vaterlandsverrat... handelt wie jener Judas, der um einiger Silberlinge willen seinen Herrn verriet.“ Wenn die Zahl der Nazis so groß wäre, wie es immer wieder Herr Goebbels behauptet, wieviel Vaterlandsverräter, wieviel Judas muß es dann unter ihnen geben? Auch der wohlwollendste Beurteiler wird sagen müssen, daß gemessen an diesen Prophezeiungen der Besuch kläglich war!

Bg. Goebbels sprach vom deutschen Heldenvolk. Meint er die Helden Freit, Revenfom, Kube und sich selbst, die im Kriege keine Kugel pfeifen hörten?

Das wahrhaft deutsche Berlin war gestern im Lustgarten nicht zur Stelle. Es hat Herrn Goebbels eine kräftige Ohrfeige erteilt.

## Wünsche wohl gerührt zu haben...

Wilhelm III. auf Reisen.

Das Blatt des Jungdeutschen Ordens zitiert aus der sozialparteilichen (!) Frankfurter „Oderzeitung“ (Nr. 53) aus dem Lager Adolfs des Großen einen „Hofbericht“, der in seiner byzantinischen Zuspitzung wirklich geeignet ist, einem gesunden Menschen die Grippe beizubringen.

Da wird in aller Breite erzählt, wie Hitler sich vor den „Huldigungen“ der Städte für einige Stunden in das Schloss des nationalsozialistischen „Arbeitlers“ von Treichel in Liebenow flüchtete. Wie diese Flucht vor den „Huldigungen“ vor sich ging, das und das Uebrige muß man im Wortlaut genießen:

Die Einquartierung selbst erfolgte für die Landsberger Parteigänger überraschend. Die Schutzstaffel der Ostmark und der Bezirksführer Dr. Benz waren wenige Stunden vorher benachrichtigt worden und hatten in ihrer bekannnten Jüderförmigkeit Vorsorge getroffen, daß Hitler von jeder Reugier oder Begeisterung ferngehalten, nur wenige Stunden der Entspannung in äußerster Zurückgezogenheit verbringen konnte... Gegen 3 Uhr nachts trat Hitler in Liebenow ein. Die Schutzstaffel hatte Posten aufgestellt, die durch Deutlichungen die Ankunft des Führers nach Liebenow meldete. Kurz vor der Ankunft nahm die

Schutzstaffel mit brennenden Ärzen

zu beiden Seiten der Schloßausfahrt Aufstellung. Bei der Ankunft des Führers begrüßte ihn ein brauendes „Sieg-Heil“. Nachdem Hitler das Auto verlassen hatte, begrüßte er die Schutzstaffel und begab sich sofort ins Schloss, um sich schon nach kurzer Zeit zur Ruhe zu begeben. Am nächsten Morgen machte Hitler im Park Spaziergänge und hielt sich dann meistens in seinem Zimmer auf. Empfänge fanden nicht statt. Gegen 4 Uhr nachmittags erfolgte die Weiterfahrt nach Breslau.

Wir wünschen Serenissimo wohl gerührt zu haben zu geruhen! Daß die Nachahrer des überstiegenen Despotenkults aus der wilhelminischen Zeit bei dem Malargelassen aus Braunau und seinem Anhang nachgerade schon zu einer geistigen Verwirrung geführt hat, ist bekannt. Doch aber nicht in „rhythmischen“ Diensten stehende Zeitungen ernsthaft den Schwanz über die fernschwingenden SS-Leute und über die „Spaziergänge im Park“ bringen, zeugt von einer so bedenklichen Ausbreitung der psychischen Erkrankung, daß man an den Symptomen nicht mehr achlos vorübergehen kann.

## Keine Senkung der Beamtengehälter.

Amtliche Aeußerung des preussischen Ministerpräsidenten.

Die Presseabteilung des Deutschen Beamtenbundes hat von der Pressestelle des Preussischen Staatsministeriums folgenden Brief bekommen:

Sehr geehrte Herren! Aus Beamtenkreisen ist an uns die Nachricht herangekommen worden, daß im Lande von den radikalen Parteien mit dem Argument agitiert werde, die Preussische Regierung werde, sobald die Wahl des Reichspräsidenten vorbei sei, eine Senkung der Beamtengehälter von sich aus vornehmen. Sie werde sich aber schwer hüten, das vor der Wahl zu tun. Ich bin von dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Brauns ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, daß es sich dabei um eine Agitationslüge handelt. Bei keiner verantwortlichen Stelle der Preussischen Staatsregierung besteht die Absicht einer Gehaltssenkung für die Beamenschaft. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in umhüllender Weise Ihren Lesern davon Mitteilung machen würden, damit im Lande dieser Agitation entgegengetreten werden kann.

Französische Nazis sprengten eine Friedenskundgebung in Arles bei Marseille, in der Prof. Berlin aus Stuttgart sprechen sollte. Es kam zu einer heftigen Schlägerei. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete. Einer der Krawallmacher wurde verhaftet.

## Die Unentwegten.

Ihren Hauptstoß muß die KPD. gegen die Weis. Ordnung Hindenburg-Front richten. („Rote Fahne“ vom 9. März 1932)



„Wir Kommunisten wissen zwar, daß wir hineinfallen, aber das Prinzip und Moskau verlangen es so.“

## Neue Notverordnung.

Gegen Auswüchse im Wirtschaftsleben.

In Ergänzung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, die Zwangsbestimmungen für das gesamte wirtschaftliche Gebiet mit sich brachte, hat die Reichsregierung sehr eine weitere Notverordnung „zum Schutze der Wirtschaft“ erlassen. Die neue Verordnung richtet sich gegen bestimmte Auswüchse auf dem Gebiete des Zugabemeßens, der Kusmerkäufe und der Einheitspreisgeschäfte. Ferner haben die letzten Fälle von Werksplionage Kahl gegeben, empfindliche Lücken im Gesetz auf dem Verordnungswege zu schließen. Außerdem wird die Zollermächtigung der Regierung, die bei Zusammentritt des Reichstags ihre Gültigkeit verlieren sollte, erneuert.

Der verschärfte Konkurrenzkampf hat bei der Gemährung von Zugaben Auswüchse hervorgerufen, die nach der offiziellen Begründung mit gesundem Wettbewerb nichts mehr zu tun haben. Zugaben, die als Geschenke bezeichnet werden oder von einer Leistung usw. abhängig sind, werden verboten. Rabatte bleiben weiterhin gestattet. Um den betreffenden Wirtschaftszweigen die Umstellung zu ermöglichen, treten diese Bestimmungen erst am 1. Juli in Kraft.

Bei dem Ausverkaufswesen sieht die Verordnung vor, daß Ausverkäufe nur unter bestimmten Voraussetzungen — Aufgabe des Geschäfts, Ausschaltung bestimmter Waren aus dem Betrieb — gestattet sind. Die Aufsichtsbehörden erhalten verstärkte Möglichkeiten, gegen unzulässige Aktionen einzuschreiten.

Teil drei der Notverordnung bestimmt im Hinblick auf die Vermeidung zahlreicher Einzelhandelsbetriebe, besonders in mittleren und kleinen Städten, daß

in Städten unter 100 000 Einwohnern auf die Dauer von zwei Jahren die Errichtung weiterer Einheitspreisgeschäfte gesperrt wird. Ausnahmen in Einzelfällen werden zugelassen. Diese Bestimmung ist insofern bedenklich, als sich gerade in mittleren und

kleinen Städten zahlreiche Kaufleute dieser Betriebsform bedienen, so daß durch die Verordnung in diesen Fällen mittelständlerische Existenzen getroffen werden, deren Schutz die Verordnung gelteht.

In den Fällen von Werksplionage werden die Strafbestimmungen bis zu 3 Jahren Gefängnis — bisher nur 1 Jahr — verschärft. Wenn

eine Gefährdung von wichtigen Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen

zu befürchten ist, kann das Gericht für die ganze oder teilweise Verhandlung die Öffentlichkeit ausschließen. Diese Maßnahme kann auch bei der Urteilsgründung getroffen werden. Berichte über Verhandlungen, bei denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, dürfen in der Presse nicht veröffentlicht werden. Der Gerichtszustand ist also in diesen Fällen ein Spielraum gegeben, der nur allzu leicht mit dem öffentlichen Interesse in Widerspruch stehen kann.

Zolländerungen — Kuriosum Ausfuhrzölle.

Im vierten Abschnitt der Verordnung wird die Ermächtigung der Regierung erneuert, „in Fällen eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses“ die Einfuhrzölle neu zu regeln. Auch kann die Regierung die vorläufige Anwendung von Handelsverträgen verordnen, d. h. ohne Befragen des Reichstags in Kraft setzen. Ferner werden die Zollfundungen für ausländisches Bau- und Kuppelholz, das nach in Zollagern ruht, aufgehoben. Die damit verbundenen Zinsverluste wirken einflußreicher.

Die Ausfuhrzölle, die auf den ersten Blick verblüffen, verfolgen das Ziel, die Abwanderung deutscher Industrieanlagen (Textil- und Werkzeugmaschinen) nach dem Ausland zu unterbinden. Diese Abwanderung hatte in letzter Zeit unter dem Einfluß der ausländischen Schutzzölle und Währungsentwertung — besonders nach Großbritannien — überhand genommen.

## Die neuen Donaupläne.

Franreich wünscht deutsche Mitarbeit.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der französische Botschafter gab dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes am Sonnabend Erklärungen über die französischen Absichten betreffend Hilfsmaßnahmen für die Donau-Länder ab und überreichte ihm ein Memorandum, in dem die Erwägungen der französischen Regierung über die Möglichkeiten einer Ueberwindung der im Südosten Europas bestehenden wirtschaftlichen Notlage niedergelegt sind. Diefelbe Niederschrift, die ebenso wie die deutschen Erwägungen von den Vorarbeiten des Finanzausschusses des Völkerbundes ausgeht, ist auch den anderen interessierten Großmächten in diesen Tagen überreicht worden. Sie will nicht als ein fertiger Vorschlag angesehen werden, sondern als Betrachtungen über die einzuschlagenden Wege und über die gegebenen

Möglichkeiten. Der französische Botschafter brachte den Wunsch seiner Regierung zum Ausdruck, daß Deutschland sich an den Arbeiten zur Herbeiführung einer besseren wirtschaftlichen Organisation für den Südosten Europas beteiligen möge.

Französischer Schritt auch in Wien.

Der französische Gesandte, Graf Clauzel, erliefen heute beim Bundeskanzler Dr. Buresch und teilte ihm im Auftrage seiner Regierung mit, daß der französische Botschafter in Berlin, einem Auftrage seiner Regierung nachkommend, einen Schritt bei der deutschen Reichsregierung unternommen habe, um diese von den Besprechungen in Kenntnis zu setzen, die in Genf zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Lardieu und den Außenministern Großbritanniens und Italiens über einen konstruktiven wirtschaftlichen und finanziellen Plan für Mitteleuropa stattgefunden haben. Bezüglich der handelspolitischen Frage würde dieser Plan auf Vorschläge beruhen.

Der Bundeskanzler hat dem französischen Gesandten für diese Mitteilung gedankt und die Erwartung ausgesprochen, daß die jetzt im Zuge befindliche Aktion bald zu positiven Ergebnissen für Oesterreich führen werde.

## Volksbühne.

Shaw: „Androsus und der Löwe.“

Das heitere und geistreiche Stück sollte die Serie der Erfolge fort, die trotz aller Schwierigkeiten der Volksbühne zum Plus gerechnet werden können.

Die Waffenzugnahme im Arbeiterheim Wien-Oskarung hat zur Anklageerhebung gegen sechs Personen geführt.



# Hohe Mieten — leere Läden.

Die Ladenmieten sind das größte Unkostenkonto für den Geschäftsmann und es ist verständlich, wenn er diese Geschäftspesen auf die Ware umzulegen sucht; mit anderen Worten, die hohen Ladenmieten erschweren die Senkung der Lebensmittelpreise.

Der Verband Groß-Berliner Geschäfts- und Industrie-Hausbesitzer vertritt nun in einer Zuschrift an uns die Meinung, daß von einem hohen Stand der Mieten für Geschäfts- und Industrierräume in Berlin nicht mehr gesprochen werden könnte. Bereits seit Ende 1930 wären die Mieten ständig gesunken. Büroräume und Läden würden heute schon vielfach unter Friedensmiete, also unter dem Stand vom 1. Juli 1914 angeboten. Für Fabrik- und Lagerräume wären die Preise noch erheblich weiter heruntergegangen.

Wir haben uns darauf veranlaßt gesehen, die tatsächlichen Verhältnisse einmal nachzuprüfen. Dabei stellte sich, wie erwartet, heraus, daß von einer einheitlichen Senkung der Mieten keine Rede sein kann. Die heutige Wohnungs-Bewirtschaftung zeigt deutlich die Tendenz, die Ladenmieten mit allen Mitteln hochzuhalten. Im nachfolgenden seien drei Fälle aus der riesigen Zahl der Mietstreitigkeiten herausgegriffen, die als Beispiele für den heutigen Preisstand der Geschäftsläden gelten können. In Steglitz (Albrechtstraße) beträgt die Monatsmiete für einen kleinen Kolonialwarenladen ohne Wohnung in einem Neubaulad der Wilmersdorfer Hochbau-A.-G. noch 150 Mark, während die ursprüngliche Forderung für diesen Laden 2400 bis 2700 Mark jährlich betrug. Der kleine Händler kann aber auch die 150 Mark im Monat nicht herauswirtschaften. Noch trasser zeigt der Fall bei einer Gastwirtschaft in der Augsburger Straße, die von der Wohnhaus Rürnberger Straße 49 Grundstücksverwaltung A.-G. vermietet wird, die Uebersteuerung der Mieten. Diese Gastwirtschaft besteht aus drei Räumen, einem Saalzimmer von 30 Quadratmeter Größe, einem Vereinszimmer von 40 Quadratmeter und einer Küche von 9 Quadratmeter. Für diese Geschäftsräume wird ein Mietpreis von 12800 Mark jährlich verlangt. Die Friedensmiete betrug 4330 Mark. Der jetzige Inhaber, der sich bereit erklärt hat, die Räume für den Preis von 6430 Mark Jahresmiete weiter zu behalten, findet bei dem Vermieter kein Verständnis. Der Kurfürstendam, der ja immer als Musterbeispiel für eine günstige Geschäftslage herangezogen wird und der seitfamerweise die meisten leerstehenden Läden aufzuweisen hat, zeigt die höchsten Mietforderungen: Für ein Geschäftslokal zwischen der Gedächtniskirche und der Joachimsthaler Straße wird die unerhört hohe Miete von 30000 Mark pro Jahr verlangt. Die tatsächliche Friedensmiete betrug für den Laden nur 5500 Mark. Noch im Jahre 1926 bestand für diesen Laden eine Staffelmiete von 10000 bis 13000 Mark. Der letzte Mieter wollte im Vergleichswege den Laden für 15000 Mark jährlich weiter behalten, was aber abgelehnt wurde; der Laden steht leer.

In einem westlichen Vorort steht ein Laden seit einem halben Jahr leer. Der einstige Inhaber war etwa 30 Jahre am Ort und beschäftigte drei Gehilfen. Zulezt, als das Geschäft die hohe Laden-

miete nicht mehr tragen konnte, wurde der halbe Laden aufgegeben. Eines Tages aber waren die Kolläden auch vor dem halbierten Geschäft heruntergelassen und der Polizeibericht meldete, daß der Inhaber und seine Frau einen Selbstmordversuch unternommen hätten. — Nur wenige Straßennummern weiter in der Nähe des Rathauses befindet sich ein Lampengeschäft. Es zeigt in seinem Schaufenster ein großes Plakat mit dem Text: „Wegen nicht mehr tragbarer Miete bin ich gezwungen, mein seit 26 Jahren bestehendes Geschäft ab 1. April nach der . . . straße zu verlegen.“ Die Friedensmiete betrug für diesen Laden mit anschließender kleiner Wohnung



Nach 20 Jahren geschlossen.

3000 Mark. Nun darf der Inhaber nicht mehr für 12000 Mark Jahresmiete in seinem Geschäft bleiben. Und wieder sind es nur wenige Schritte bis in die belebte Bahnhofstraße. Hier steht ein vierfenstriger Laden und die darüber liegende Etage leer. In dem Laden bestand sich eines der ältesten Herrenartikelgeschäfte am Orte. Nach zwanzig Jahren griffen seine Inhaber zum Gasflansch. Die Frau blieb tot, der Mann konnte gerettet werden.

Diese schrecklichen Vorfälle, die sich auf einen verhältnismäßig kleinen Bezirk zusammendrängen, beleuchten bligartig die Situation.

## Bäume und Uferwege.

Sozialdemokratie für praktischen Naturschutz.

Der Preussische Staatsrat beschäftigte sich in einer seiner letzten Sitzungen, in der er eine Reihe kleinerer Vorlagen behandelte, auch mit dem Gesetzentwurf, der die im Gesetz zur Erhaltung des Baumbestandes und zur Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vorgesehene zehnjährige Schutzfrist auf 15 Jahre verlängern will. Es war außerordentlich bemerkenswert, daß diesem Gesetzentwurf gerade von den Vertretern der Deutschnationalen und der Volkspartei, die sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben, widersprochen wurde.

Das Gesetz, so behaupteten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, sei überholt. Eine Verlängerung empfehle sich auch insbesondere deswegen nicht, weil es zu scharfe Eingriffe in die Eigentumsrechte enthalte. Mit Händen und Füßen wehre sich der Bauer gegen diese Bestimmungen. Es sei ein großer Unfug mit dem Gesetz getrieben worden. Häufig sei völlig zu unrecht in das Privateigentum eingegriffen worden. Die Stellungnahme der Deutschnationalen und der Volkspartei ist deswegen so beachtenswert, weil heute in Deutschland und auch in Berlin gerade die Personen, die am stärksten nach Heimat- und Naturschutz rufen, fast ausschließlich den Rechtsparteien angehören, also denselben Parteien, die den von ihren eigenen Anhängern geforderten Natur- und Heimatschutz in den gesetzgebenden Körperschaften unmöglich machen. Von sozialdemokratischer Seite wurde dann auch den Einwendungen der Arbeitsgemeinschaft widersprochen. Gerade jetzt sei eine Verlängerung der Schutzfrist notwendig, da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Waldbesitzer so ungünstig lägen, daß zum Schaden der Volksgesundheit durch Grundstückspekulanten die Parzellierung der Waldbestände betrieben werde. Solange das Städtebaugesetz noch nicht ergangen sei, könne auf die bestehenden Schutzbestimmungen nicht verzichtet werden. Also war es wieder einmal die Sozialdemokratie, die wirklichen praktischen Heimatschutz trieb. Der Antrag der Arbeitsgemeinschaft wurde gegen die Rechtsparteien und einen Teil des Zentrums abgelehnt und der Verlängerung der Schutzfrist nach dem Vorschlag des Ausschusses zugestimmt.

## Die Verfehlungen des Notars.

1 1/2 Jahre Gefängnis wegen Unterschlagung und Untreue.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Notar und Rechtsanwalt Dr. Hans Keld wegen schwerer resp. einfacher Unterschlagung im Amt in vier Fällen, wegen Untreue in drei Fällen und wegen Betruges in drei Fällen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 84 Tagen Untersuchungshaft. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rosemann, ganz besonders den schweren Vertrauensbruch des Angeklagten als preussischen Notar hervor.

Der Staatsanwalt hatte gegen Dr. Keld drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust beantragt. Keld selbst war es, aus seinem Plädoyer zu erfahren, in welcher Weise Dr. Keld es verstanden hat, das preussische Justizministerium dazu zu kriegen, daß es seine Bedenken zurückstellte und ihn zum Notar ernannte. In unzähligen Gelegenheiten, die teils in parteilicher Weise abgefaßt waren, beschwerte er sich bitter darüber, daß ein Strafverfahren, das einmal gegen ihn geschwebt habe, ihn ein für alle Mal zu einem Verbrecher stempeln solle. Er bedauerte es, erklärte er, daß das Strafverfahren wegen der von ihm angeblich veruntrenten 20000 Mark Ründelgelber nicht durchgeführt worden sei. Er hätte zweifelnd seine Unschuld beweisen können, da durch einen königlichen Gnadenerschlag das Verfahren niedergeschlagen worden ist, soll er bis an sein Lebensende büßen. Ist das die Kriminalpolitik der Republik? Selbst ein Verbrecher, dem eine Bewährungsfrist zugestimmt werde, befindet sich in besserer Lage als er. So ging es seltenlang. Bis das preussische Justizministerium ihm Gehör schenkte und ihn zum Notar ernannte.

Dr. Keld hat übrigens zum Schluß der Verhandlung seine Sprache wiedergefunden und sich in bewegten Worten noch einmal auf seine Krankheit berufen; von all dem ihm zur Last gelegten Verfehlungen wisse er nichts. Die Zeugen liegen aber auch nicht den geringsten Zweifel darüber, daß der Verdacht, den er gegen seinen Bürovorsteher ausgesprochen hatte, vollkommen ungerichtet war; in mehr als einem Falle hatte dieser mit den eingegangenen Geldern überhaupt nichts zu schaffen gehabt, sie waren unmittelbar in die Taschen des Dr. Keld geflossen.

## Die Bauernheide für die Vorsig-Sparer.

Wie wir schon mitgeteilt haben, sollen die Vorsig-Sparer, die insgesamt 2,8 bis 2,9 Millionen zu fordern haben, bei der Abwicklung ihrer Forderungen voll befriedigt werden. Kleinforderungen bis zu 500 M. werden vorweg voll ausgezahlt. Aus der Rasse sollen die übrigen Sparkassengläubiger zunächst mit 20 Proz. und später noch 30 Proz. in bar erhalten. Die restlichen 50 Proz. sollen durch die Verwertung von Grundstücken später zur Auszahlung gelangen, die die Vorsig G. m. b. H. zur Verfügung stellt.

Wie mitgeteilt wird, handelt es sich um die sogenannte Bauernheide, ein zwischen dem Tegeler Gaswerk und dem Tegeler See gelegenes parzellierungsreifes Gelände von 680 000 Quadratmeter, dessen Wert von Sachverständigen mit brutto 3 M. je Quadratmeter geschätzt sein soll. Den Sparkassengläubigern wird von der Firma empfohlen, den bisher schon

# Weltschmuggel mit Rauschgiften.

## Griechischer Bankier im „Rheingoldexpress“ verhaftet.

Zu einer überraschenden Verhaftung aus dem Rheingold-Express heraus kam es auf dem Hauptbahnhof in Mannheim. Die Kriminalpolizei hatte erfahren, daß sich in dem Zug der griechische Bankier Eliopoulos befand, der in dem Verdacht stand, mit der Bande des im Dezember vorigen Jahres in Berlin verhafteten Rauschgifthändlers del Gracio, genannt „Little Angy“, in Verbindung zu stehen. Eliopoulos kam von Rotterdam und wollte nach Basel. Die Polizei hatte davon erfahren und den Rheingoldexpress unter Beobachtung gestellt. Als der D-Zug in Mannheim eintraf, wurde der Grieche in seinem Abteil erster Klasse festgenommen. Er wird den Hamburger Kriminalbehörden zugeführt werden.

Inzwischen ist von der Berliner Rauschgiftstelle im Zusammenhang damit ein neuer Schmuggelfall aufgedeckt worden. Es konnte ermittelt werden, daß Ende v. J. ein Schiffstransport nach Tientsin abging, wobei sich auch riesige Mengen Heroin befanden. In Tientsin wurde die Ladung aufgehalten und durchsucht. Dabei stieß man auf drei Schrankkoffer, die doppelten Boden aufwiesen. Zwischen diesen befand sich in zahlreichen Aluogrammpäckchen Heroin. Kriminalkommissar Thomas, der die Untersuchung leitete und auch im Dezember 1931 den Schlupfwinkel des Afghanen in der Pfalzburger Straße in Wilmersdorf aufstöberte, hatte von dem Abgang des Transports nach Tientsin erfahren und dafür gesorgt, daß die Ladung aufgehalten wurde. Mit der Festnahme des Finanziers der internationalen Schmugglerbande, Eliopoulos, ist der Kriminalpolizei ein guter Fang gelungen. Die Schmuggler sind dadurch sozusagen ihres Kopfes beraubt.

## Lagi-Ueberfall bei Staaken aufgeklärt.

Vierköpfige Friedrichsfelder Kolonne gesprengt.

Der Ueberfall, der sich in der Nacht zum Dienstag auf der Chaussee nach Staaken auf den Berliner Lagifahrer Behr aus der Pannierstraße in Neukölln abspielte, ist jetzt aufge-

klärt worden. Die Täter, vier junge Burschen aus der Gegend von Friedrichsfelde, konnten ermittelt und festgenommen werden. Sie haben ein Geständnis abgelegt. Daraus geht hervor, daß sie den Wagen des Chauffeurs dazu benutzen wollten, um mit diesem nach Perleberg hinaus zu fahren. Hier wollten sie ein Bauerngehöft überfallen. Einer der Verhafteten, der 27 Jahre alte Herbert Elz, war übrigens an dem geplanten Ueberfall auf das Postauto der Rantwiyer Post beteiligt.

## 20 Opfer einer Gasexplosion.

Gasläuterungsstank in die Luft geflogen.

Camden (New Jersey), 9. März.

Bei der Explosion eines Gasläuterungsstanks der hiesigen Gasanstalt sind 20 Arbeiter, die mit der Reinigung des Tanks beschäftigt waren, ums Leben gekommen. 16 Leichen sind bereits geborgen. Man vermutet, daß es sich um einen Betriebsunfall handelt, der dadurch entstanden ist, daß ein Funke von einem Werkzeug auf das mit Schwefelsäure getränkte Reinigungsmittel übergesprang.

## Familie in Erstickengefahr.

Durch Funkenflug aus einem schadhaften Schornstein geriet gestern nachmittag die Treppe einer zweistöckigen Villa in der Plantanenstraße 27 in Riederschnhausen in Brand. Das Gebäude war in kurzer Zeit derartig verqualmt, daß der Frau des Hausbesizers und ihren beiden Kindern im Alter von acht und zwei Jahren, die sich in den oberen Räumen aufhielten, der Rückweg ins Freie abgeschnitten war. Der freiwilligen Feuerwehr von Riederschnhausen gelang es, die in höchster Gefahr Befindlichen rechtzeitig aus ihrer verzweifelten Lage zu retten.

IHRER GÜTE WEGEN  
BERLINS  
MEISTGERAUCHTE  
CIGARETTE 6 Stück 20 St.

WAS SAGT DER BÄR?  
BERLIN RAUCHT JUNO

zwischen der Familie Borfig und einer Spezialfirma bestehenden Verzeileungsvertrag zu übernehmen, um sich aus dem Erbs bezahl zu machen. Der Uebertrag aus der Abwicklung soll an die Borfig G. m. b. H. zurückfließen.

## 1/4 Mill. Wohlfahrtsunterstützte. Immer noch steigende Not in Berlin.

Die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten in Berlin — das sind arbeitsfähige, arbeitslose Personen, die keinen Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung oder aus der Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit haben, eine Bescheinigung des Arbeitsamtes über ihre Einktragung in die Liste der Arbeitsuchenden besitzen und aus städtischen Fürsorgemitteln laufend unterstützt werden — ist im Februar 1932 wiederum gestiegen. Nach der Statistikabteilung am 29. Februar 1932 betrug sie (ohne Notstandsarbeiter) 251 256 gegenüber 237 605 am Ende des Vormonats. Sie hat demnach um 5,7 Proz. zugenommen. Unter den am 29. Februar 1932 gezählten Wohlfahrtsunterstützten befanden sich 7860 Fürsorgearbeiter, am Ende des Vormonats waren es 8062.

## Gefängnis für Jugenderzieher. Urteil im Gütergoh-Prozess.

Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte im Gütergoh-Prozess den Jugenderzieher Franz Stein wegen Stillschließungsverbrechen aus §§ 176 Absatz 3 und 174 Absatz 1 zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten wird mit der Maßgabe aufgehoben, daß er sich verpflichtet, nicht wieder ins Ausland zu gehen. Drei Monate der Strafe muß der Angeklagte verbüßen, für den Rest erhält er Bewährungsfrist.

Bei seiner Vernehmung hatte der Angeklagte erklärt, er habe keinerlei abnorme Neigungen. Seine Personalangaben ergänzte er dahin, daß er als Sechzehnjähriger freiwillig ins Feld gegangen und verschüttet worden sei.

Obermagistratsrat Knauth, der einmal in Gütergoh zu einer Besichtigung war, betonte, er habe von Stein den Eindruck eines energiegelichen Mannes gehabt, der es versteht, die Jungen zur Selbstziplin zu bringen. Der Nachfolger des Stein, Erzieher Kriß, der die Anzeige erstattet hatte, schildert als Zeuge, daß ihm sechs Jungen erzählt hätten, daß der frühere Erzieher sich an ihnen vergangen hätte, nachdem sie ihn, den Zeugen, erst gefragt hätten, ob Stein ihnen noch schaden könne. Da die Jungen trotz wiederholter eindringlicher Fragen bei ihrer Aussage blieben, habe er die Anzeige erstattet.

Dann wurden die fünf Jungen vernommen, an denen der Angeklagte Stein sich vergangen haben soll. Alle fünf Jungen machen Aussagen, die den Angeklagten erheblich belasten, verwirren sich aber teilweise in Widersprüchen. Der junge Raddag gibt auf Fragen des Sachverständigen in drohlicher Weise zu, daß er sehr oft geschwindelt habe, worauf der Vorsitzende und andere Prozeßbeteiligte ihn immer wieder eindringlich fragen, ob er denn jetzt auch wirklich die Wahrheit sage. Es tue ihm kein Mensch etwas, wenn er früher gelogen habe, wenn er nur jetzt die reine Wahrheit sage. Der Junge blieb aber wie die übrigen Knaben bei seiner belastenden Aussage.

## Flugblattverbreiter ist verantwortlich.

Ein grundsätzliches, aber wie wir glauben, sehr ansehnliches Urteil über die Frage, ob die Verteiler von Flugblättern jemand glauben dürfen, daß die zur Verteilung ihnen übergebenen Flugblätter von der Polizei genehmigt worden sind, fällt das Schnellgericht.

Am Sonntag nahm die Polizei einen Mann fest, der Flugblätter verteilt hatte, die der Polizei nicht zur Genehmigung vorgelegt worden waren. Aus diesem Grunde wurde er unter Anklage gestellt. Er behauptete, die Flugblätter von einem Wohlfahrtsvorsteher erhalten zu haben, der ihm ausdrücklich erklärt habe, daß die Flugblätter bisher nicht verboten und Scherereien mit der Polizei nicht zu erwarten seien. Mit dem Staats-

# Um den Arbeitsdienst. Diskussionsthema bei der Arbeiterwohlfahrt.

In einer Funktionärversammlung der Arbeiterwohlfahrt im Rathaus Neufölln sprach Genosse Segawa vom Landesarbeitsamt Brandenburg über den freiwilligen Arbeitsdienst.

Nach Ende des Krieges entstand der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht besonders in wehrfreundlichen Kreisen, die damit einen Ersatz für die Militärdienstpflicht schaffen wollten. Der Gedanke erhielt im Jahre 1930, als die Arbeitslosigkeit in ungeheurem Maße anstieg, neuen Antrieb. Phantastische Pläne entstanden, die das Unmöglichste von der Arbeitsdienstpflicht erhofften, man glaube nicht weniger als die Arbeitslosigkeit damit beheben zu können. Aber aus den Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Unternehmer und dem Reichsarbeitsministerium geführt wurden, ergab sich allerdings ein anderes Bild. Ueber die Kostenfrage ließ sich überhaupt keine Einigung erzielen, da die Berechnungen sehr weit auseinandergingen. Die Gutachterkommission stellte fest, daß Kapital für die Arbeitsdienstpflicht nicht vorhanden sei und empfahl die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes. Von der Reichsregierung wurde dieser Entwurf in die zweite Räteverordnung eingebaut und die notwendigen Durchführungsvorschriften erlassen. Danach soll auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes nur gemeinnützige und zufällige Arbeiten ausgeführt werden. Es sei allerdings zu bedenken, daß zum Beispiel die Kommunen heute überhaupt kein Geld mehr haben und daher fast alle Arbeiten zufällige sind.

Träger der Arbeit sind gemeinnützige Körperchaften und Verbände, Kommunen, Sportvereine usw.; Träger des Dienstes können alle Organisationen sein, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der übernommenen Arbeiten Gewähr leisten.

Vom Landesarbeitsamt Brandenburg sind bis jetzt 50 Genehmigungen für freiwilligen Arbeitsdienst er-

teilt worden. Die Arbeiten wurden durchgeführt bei Kommunen, Sportvereinen, Siedlungsgesellschaften, Bodenverbesserungsgesellschaften, kirchlichen Vereinen usw. Die Arbeitsdienstwilligen erhalten freie Kost und ein Taschengeld, eine besondere Bezahlung für die Arbeit erfolgt nicht. Vom Träger der Arbeit sind auch Hin- und Rückfahrt zum Arbeitslager zu zahlen; dafür, wie für andere Schutzbestimmungen für den Arbeitsdienstwilligen haben besonders die Gewerkschaften gesorgt. Der Redner vertat zum Schluß die Ansicht, daß die freiwillige Arbeitsdienstpflicht, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der Anforberung der Wirtschaft betrachtet, eine Spielerei sei, ein Antriebs der Wirtschaft ist von dieser Seite nicht zu erwarten. Allerdings sollte man bei geeigneten Gelegenheiten, da die Einrichtung nun einmal besteht, auch davon Gebrauch machen.

In der Diskussion, geleitet von der Genossin Kurgah, beschäftigte man sich sehr lebhaft mit dem Für und Wider des freiwilligen Arbeitsdienstes. Einmütigkeit bestand darin, daß man die Gefahren der Lohnrückerei, die natürlich bestehen, abmildern müsse. Aber auf der anderen Seite dürfe man auch nicht übersehen, daß heute diese jungen Menschen einfach aus dem Drange heraus, endlich einmal wieder arbeiten zu dürfen, zum freiwilligen Arbeitsdienst kommen. Eine große Zahl der Jungen ist auch froh, auf diese Weise aus mißlichen Familienverhältnissen einmal auf eine Zeit herauszukommen. Sollen wir die jungen Menschen in die Hände unserer Gegner laufen lassen? Denn wir dürfen nicht übersehen, daß in den Arbeitslagern eine starke politische Beeinflussung erfolgt. Stark betont wurde aber auch, daß zum Beispiel die Wertkurse der Stadt Berlin viel mehr für die arbeitslose Jugend getan haben als der ganze Arbeitsdienst zusammen. Diese Wertkurse sind, da sie arbeitslosmachender Natur sind, von viel größerer Bedeutung für den Jugendlichen, da sie ihn in die Lage setzen, bei ansteigender Wirtschaftsentwicklung wieder in seinem Berufe Tüchtiges zu leisten.

anwalt war das Gericht der Meinung, daß Flugblattverteiler niemanden Angaben über die Genehmigung glauben dürfen, und daß sie selbst auch bei der Polizei nachprüfen müssen, ob das Propagandamaterial tatsächlich genehmigt sei. Der Angeklagte wurde daher zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Wie uns dünkt, ein recht zweifelschneidendes Urteil. Man kann unmöglich den vielen tausend Flugblattverteiler zumuten, sich jeweils bei der Polizei zu erkundigen, ob ihr Flugblatt genehmigt ist; der Polizei würden die vielen Anfragen bestimmt bald über werden.

## Dieb des Hawai-Mantels verhaftet. Ein Student aus Göttingen.

Dresden, 9. März.

Unter dem Verdacht, der Dieb des aus dem Ethnologischen Institut in Göttingen gestohlenen hawaiischen Kältemantels zu sein, ist der seit der Entdeckung des Diebstahls aus Göttingen flüchtige Student Pflieger von der Dresdener Kriminalpolizei in einem Dresdener Hotel ermittelt und verhaftet worden. Der Königsmantel konnte jedoch noch nicht ermittelt werden.

## Arbeitsgemeinschaft Geistige Nothilfe.

Auf Anregung aus Kreisen der Wohlfahrt und des Bildungswesens ist als Zusammenfassung der Bestrebungen für geistige Versorgung der Erwerbslosen in Berlin der Verein „Arbeitsgemeinschaft Geistige Nothilfe Berlin“ gegründet worden. Der Verein will in Form einer Auskunfts- und Vermittlungsstelle alle Veranstaltungen und Anknüpfungen der in Rede stehenden Art erfassen und — soweit nötig — miteinander in Einklang bringen, Auskunft erteilen, geeignete Räume vermitteln, freiwillige Mitarbeiter für Erteilung von Unterricht, Vorträgen usw. nachweisen und etwaige Sonderveranstaltungen durchführen. Zum

1. Vorsitzenden des Vereins wurde Geheimrat Dr. Demuth, zum 2. Vorsitzenden Oermogistrotor Marquardt, Leiter der Volkshochschule Groß-Berlin, gewählt.

## Abschied von Emil Rynek.

Im Krematorium Baumgartenweg wurde Mittwochnachmittag die sterbliche Hülle des Genossen Emil Rynek, des langjährigen Mitarbeiters der Vorwärts-Druckerei, den Flammen übergeben. Zahlreiche Parteigenossen, darunter Vertreter des Parteivorstandes und Abgeordnete des Preussischen Landtages, hatten sich eingefunden, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Ein Freund der Familie schilderte in schlichten Worten den Verstorbenen als Mensch und Kämpfer, der Jahrzehnte hindurch in treuer Kampfgemeinschaft an der Seite seiner Gattin, der Landtagsabgeordneten Friede Rynek, in der Arbeiterbewegung gewirkt hat. Der Betriebsratsvorsitzende der Vorwärts-Druckerei entbot dem Dahingegangenen im Namen der Geschäftsleitung und des Personals der Vorwärts-Druckerei sowie im Auftrag des Gauvorstandes der Berliner Buchdrucker letzte Grüße. Das Andenken des Verstorbenen ehrten ferner Vertreter der Volksbühne, der 99. Abteilung der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Quartettgesang umrahmte die Gedächtnisfeier. Unter den Klängen der Trauermusik verließ der reich mit Kränzen mit roten und schwarz-rotgoldenen Schleifen geschmückte Sarg.

## Eine Markthalle feiert Jubiläum.

Die Markthalle XI am Marheineke-Platz feiert in einigen Tagen ihr 40jähriges Bestehen. Denn am 13. März 1892 wurde sie der Öffentlichkeit übergeben. Die Geschäftigkeit der Standinhaber legt das beste Zeugnis für ihre Inanspruchnahme ab; können doch einige Standinhaber mit der Markthalle zusammen ihr 40jähriges Jubiläum feiern. Das Interesse der Bevölkerung zeigt gerade sehr, welche wirtschaftliche Bedeutung die Markthallen noch immer besitzen.



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

„Sie machen sich ja keine Vorstellung davon“, sagte er, „wie viele alleinlebende Mädchen es gibt. So jung, so schutzlos. Niemand denkt daran, für sie einzutreten. Ja, was glauben Sie wohl, wer nimmt sich denn eines Mädchens an, wenn irgend jemand hinter ihr her ist und ihr zu nahe tritt? Kein Mensch!“

Dieses Veredle von den armen schutzlosen Mädchen kam mir etwas sonderbar vor, und ich wollte schon an eine fixe Idee glauben. Aber weil sonst jede seiner Aeußerungen von Logik, Folgerichtigkeit des Denkens und gesundem Menschenverstand zeugte, so ließ ich diese Annahme wieder fallen, besonders nachdem wir uns längere Zeit über allerlei ganz andere Themen unterhalten hatten. Aber dann kehrte mein neuer Bekannter doch plötzlich zu seinem Stedenpferde zurück.

Besonders schwer haben es die jungen Jüdinnen. Wie die Leute hinter denen her sind! Entsetzlich! Wenn sie in Petersburg oder Moskau studieren wollen, dann müssen sie sich bei der Sittenpolizei als Prostituierte einschreiben lassen. Denken Sie doch, ein ganz junges Mädchen, noch fast ein Kind! Sie möchte gern studieren, sie kommt in die Residenz, und plötzlich heißt es: Bitte schön, lassen Sie sich den „gelben Baf“ geben, werden Sie eine Prostituierte! Sonst: Ausweisung innerhalb vierundzwanzig Stunden! Was glauben Sie, wieviel solcher Mädchen ich gerettet habe! In Jalta wollte General Dumbadze sie innerhalb vierundzwanzig Stunden ausweisen. Da habe ich viele junge Damen bei mir versteckt. Sie wußten schon, daß man bei mir immer ein Obdach findet, ich hatte das schon oft getan.

Er überließ sich einer träumerischen Nachdenklichkeit und entfernte sich. Mir wurde es wieder ganz verduht zumut. Was sollte das heißen? Was für ein Drama hatte sich hier abgespielt? Was für ein Erlebnis mochte in ihm diese zärtliche

Vorliebe für schutzlose Frauen hervorgerufen haben? Wor vielleicht jemand seiner Schwester zu nahe getreten, seiner Tochter oder einer seiner Verwandten, und hatte das für sein ganzes Leben eine Spur in ihm hinterlassen?

Es fiel mir ein, daß es in unserer Zelle ja noch einige Leute gab, die mit Sitoroki aus derselben Stadt nach Kurst gekommen waren. Ich knüpfte mit ihnen ein Gespräch an und erfuhr, daß Sitoroki wegen Schändung seiner eigenen dreizehnjährigen Tochter verurteilt worden war. Als die Sache herauskam und Sitoroki verhaftet wurde, da regnete es duhndweise ähnliche Beschwerden. Vor Gericht kamen finstere Geschichten zutage und alle glichen sie einander aufs Haar. Mit allerhand Freundlichkeiten, glütlichem Zureden, freigebiger Bewirtung lockte er halbwillige Mädchen aus dem riesigen Gutsgebiet, dessen unumschränkter Herr er in Abwesenheit des Besitzers war, zu sich ins Haus und beging dann seine Schändlichkeiten. Dabei begnügte er sich nicht mit der Bewirtung des ihm unterstellten Gutes; er pflegte Kinder und junge Mädchen aus den Nachbarbürgern und -gütern in seiner Equipage spazieren zu fahren und sie schließlich „zur Erholung“ in sein Haus zu locken.

So einfach enthüllte sich das Geheimnis dieses Mannes, der sich so viele sorgenvolle Gedanken um alleinlebende, schutzlose Mädchen machte! Noch nie war ich in Person einer lebendigen und noch dazu so illustrierten Figur aus Kraft-Ebings Werk begegnet.

Die Stimmung in der Zelle wurde immer trübseliger. Unendlich langsam schleppte sich die Zeit, seit uns der Pfiff und die Bistite des Inspektors vom Dienst um drei Uhr früh wachgerissen hatte, bis zum Mittag hin. Besonders schwer erträglich war es insofern, als wir in dieser Nacht ins Gefängnis eingeliefert worden waren und doch auch in der Nacht zuvor nicht hatten schlafen können. Hier durften man sich nicht einmal hinlegen oder hinsitzen, geschweige denn schlafen. Wir begannen richtigen Hunger zu leiden. Die einfache und zugleich so hochwohlwelsche Gepflogenheit, nach der am Tage der Einlieferung ins Gefängnis noch keine Brotportion ausgegeben wurde, brachte uns in eine böse Lage. Die sieben Kopfen pro Mann, die der Eskorte in Verwahrung gegeben waren, waren aus irgendeinem Grunde von der Gefängnisverwaltung noch nicht übernommen worden, und wir alle bekamen an diesen Tage nichts zu essen. Viele machten sich an die „wohlhabenden“ Gefangenen heran, ließen von einem zum andern und bettelten um Brot, aber meistens vergeblich.

Wenn man sehr großen Hunger, aber nichts zu essen hat,

dann tut man am besten, sich hinzulegen. Abgesehen davon, daß der Organismus in der Ruhelage ein Minimum an Energie verbraucht, vermindert sich dabei ohne Zweifel auch das Hungergefühl an sich. Aber nicht einmal diese geringfügige Annehmlichkeit konnten wir uns zunutze machen. Hinlegen durfte man sich nicht, und so drückten wir uns bald in dieser, bald in jener Ecke herum, blaß und geschwächt von Schlaflosigkeit und Hunger.

Blöthlich wurde die Zellentür überlaut aufgerissen. Der Aufseher kam, ein Kerl von riesenhaftem Wuchs, plump und grobschlächtig, mit bösarigem, verbissenem Gesicht, gewaltiger Nase, breiten Beckenknochen und brutal vorstoßendem Kinn. Beim Gehen knickte er mit den Knien ein, als könnten die Beine die Last dieses mächtigen Körpers nicht recht tragen. Seine Arme, die in ihrer Länge an Gorillaarme erinnerten, endeten in behaarten Tagen von phantastischer Größe. Er blieb in der Tür stehen und schrie:

„Wer kann hier gut lesen und schreiben?“

Zunächst meldete sich niemand. Es waren genug Leute da, die lesen und schreiben gelernt hatten, aber wenige, die diese Künste wirklich vollkommen beherrschten.

„Warum gibt denn keiner einen Ton von sich? Vorkommen, wer gut lesen und schreiben kann! Drei, vier Mann! Sollen eine Schreibarbeit machen!“

Zwei traten vor, die übrigen machten Miene, mich vorzuschleichen.

„Geh doch, geh doch, du kannst es doch gut. Sicher sollst du von der Eskorte Brot übernehmen, sollst quittieren. Geh doch, geh doch!“

Der Aufseher begann zu drängen:

„Na, wenn du es einmal kannst, dann komm doch raus, wozu stehst du noch da?“

Von den anderen geschubst, trat ich vor. Nun ging es den ausgedehnten Korridor entlang. Am Korridorende angekommen, wurden wir in die mächtige Gefängnislatrine geführt. Der Gestank in diesem eklasastisch schmutzigen Raum war nicht zu ertragen. Die Klosetts im Gefängnis, die von diesen Gefangenen aus Unkenntnis oder Ungehorsamkeit nicht gerade in der üblichen Weise benutzt wurden, waren unvorstellbar veraut. Auf den Sitzbrettern und auf dem Boden lagen haufenweise Exkremente herum.

Ich rannte in den Korridor zurück. Hinter mir die anderen. Ich wandte mich an den Aufseher:

„Warum haben Sie uns hierhergeholt?“

(Fortsetzung folgt.)



Willi Steinert:

# Peter Reimer stirbt zur Probe

Peter Reimer ist ein Original und damit basta. — Früher kipp-ten sich die Leute an die Stirn und murmelten: hoffnungslos, jetzt haben sie sich mit seinen kuriosen Angewohnheiten abgefunden. Peter Reimer lebt als Kapitän a. D. in einem hübschen Städtchen der Insel Fehmarn und hat Geld. Zu seiner Zerstreuung betreibt er den Posten als Hafenkapitän und hat seinen Spaß daran. Peter Reimer ist um die 60 herum, trägt mit Würde einen wohlgepflegten Schnurrbart und eine Kieflingelbrille. Die Kinder sagen, daß er sich mit dem Kaffermesser tötet. Wie er mit Ledermantel und Baskenmütze herumgeht, sieht er wie ein Gelehrter aus. Im Hafen ist nicht viel los, das Getreide der Insel ist bald verfrachtet. Nur Fischerboote und Yachten suchen die Insel als Rothafen auf. Die Fischer, schwarz von Del und Ruch, reparieren immer am Motor herum. Peter Reimer spricht sie in einer Regersprache an und entschuldigt sich dann, weil er sie für Neger hielt. Wo er kann, macht er Seglern Angst und Bange. Daß zum Beispiel eine gefährliche weiße Sturmboje im Anzug wäre, weil das Barometer mit einem Plumps gefallen ist und den Boden ausgeschlagen hat. Wenn Peter auf diese Weise die Segleratmosphäre genügend beunruhigt hat, legt er sich zufrieden in „Meichen Rand“ auf seinen Stuhl, um „Großbrasse“ zu speisen.

Fräulein Mathilde besorgt Peters Wirtschaft. Sie ist etwa 30 Jahre alt und hat die Gewohnheit, mit sich selbst zu sprechen. Und zwar, weil sie schwerhörig ist. Sie will sich sprechen hören. Wenn Fräulein Mathilde in der Küche hantiert, hört es sich wie in einer politischen Versammlung an. Um sich bemerkbar zu machen, hat Peter eine Signalanlage in die Küche gelegt. Starke Dröhre, über sinnreiche Hebel geführt, lassen in der Küche einen großen Hammer lärmend aufschlagen. Aus eigenem Antrieb legt Fräulein Mathilde noch ein Zündplättchen darunter. Das funktioniert ausgezeichnet, die Nachbarn brauchen keine Uhr. „Es hat jetzt 4 Uhr geschossen“, sagen die Leute. Das bestellt nämlich Kapitän Reimer seinen Nachmittagskaffee. Punkt 9 Uhr abends bringt Fräulein Mathilde kochendes Wasser für den Grogkessel. Ein schöner alter Brauch! An der Wand hängt der Kupferkessel, ein Hähnchen ist daran und darunter die Petroleumlampe, damit das Wasser heiß bleibt. Je nach Stimmung kann Peter den Grog mixen. Wenn Fräulein Mathilde das Bett unter Selbstgesprächen abgedeckt hat, nimmt sie an der Tür Haltung an und meldet, daß zum Schlafengehen alles in Ordnung ist. „Beggelreten“ brüllt Peter und Mathilde ver-schwindet blühschnell, denn es gibt Dinge auf der Erde, die durch die Luft fliegen können. Die Einstellung Peters zu den Frauen ist denkbar einfach: der Teufel soll sie holen. Den Rest des Abends verbringt Peter, um über sein Begräbnis nachzudenken.

Jawohl, das ist es. Sein eigenes Begräbnis. Das ist Peters Stolz. Eine „schöne Leiche“ muß es sein. Die ganze Stadt soll große Augen machen. Ein Begräbnis muß mit Sorgfalt und Liebe vorbereitet werden. Peter hat Geld und keine Angehörigen. Das macht nichts, echte Tränen sind ja selten, aber mit Geld läßt sich Kühlung kaufen — und wenn es bloß künstliche Zwiebeltränen sind. Eins der wesentlichsten Stimulanzien ist dabei die Musik. Musik muß hervorragend schön und ergreifend sein. Ein Begräbnis mit Musik — lächerlich — ein Konzert mit Begräbnis soll es sein. Die Neugierigen lungern sensationslüstern ums Trauerhaus. Was kann schon kommen, denken sie — eine Leiche erster Klasse — na ja. Die Totengräber mit Dreispitz und wackelnden Mänteln, eine Zitrone in der Hand, tragen den Sarg heraus. Der Leichenwagen, Silberbeschlagen, gedrechselte Säulen mit Baldachin, wird von sechs unruhigen Koffen gezogen. Unruhig deshalb, weil die Köffer, bis zum Zeh in Talar gehüllt, schwitzen müssen. Straußensiedern wippen auf nervösen Pfiederöfen, schwarzglazierter Stuhl stampfen und längeln auf dem Pfister, der Zug setzt sich in Bewegung. Bis jetzt standen sie innerlich gelangweilt herum, aber mit einem Schlage schwingen sie vor Aufregung. Die Klänge des Trauermarsches: „Nun trinkt er keinen Rotzpon mehr“ elektrifizieren. Da sitzt auch Zug drin, das läßt erschauern, das prickelt, da wollen die Haare zu Berge stehen.

So was mühte man als Toten sehen können! Für alle Fälle wird Peters Sarg zwei Oudlöcher haben.

Und dann, ad römisch II, die Särge mit dem Pastor. So was darf nicht vorkommen wie leghin, daß der Pastor den Namen des Verstorbenen vergessen hat. „Wir stehen hier am Grabe unseres Lieben —“, und dann beugt er sich über das Grab und fragt dis-krät: „Wie war doch gleich der Name?“ Nein, so was darf nicht vorkommen. Der Pastor muß — außer der Bezahlung — auch per-sönlich interessiert sein. Leider ist Peter ein seltener Kirchenbesucher. Wer in die Kirche geht, muß Kirchenlieder singen, und wer singt, be-kommt Durst und damit happens in der Kirche. Viel lieber besucht Peter den herrlichen Friedhof hinter der Kirche — das Wasser läuft ihm im Munde zusammen — und bespricht mit dem Totengräber das Technische seiner Beerdigung. Nur keine nasen Hühe! Wenn das Grundwasser steigt, muß unbedingt drainiert werden. Unter den vorhandenen Grabsteinen fällt einer mit eingraviertem Anter-nebst Kette angenehm auf und bei einem statlichen Grabstein fehlt der Todestag in der Inschrift. Kapitän Hunter hat sich den Stein vorweg setzen lassen, um Peter zu ärgern. Aber warte! Peter wird sich einen Grabstein mit Musik und gedämpftem Trommelklang konstruieren lassen. Die Reibischen sollen sich im Grabe herum-drehen.

Palle Jorsten ist der beste und treueste Freund Peters. Früher hatten sie sich geholt wie Feuer und Wasser, aber das lag in ihren Berufen. Palle Jorsten war Hofenzöllner und Peter schmuggelte nur aus Vergnügen, um Palle ein Schnippchen zu schlagen. Peter frachtete Getreide nach dem Anstand und da blieben immer Wäffle im Schiff zurück. Das war billiges Winterfutter für seine Hühner zu Hause. Obgleich Palle viele Jahre aufpachte, gelang es Peter jedesmal, das Hühnerfutter an Land zu schmuggeln. „Den will ich doch erwischen“, schwor Palle, „und wenn ich tot umfalle.“ Tag und Nacht lag er auf der Sauer. Grau und grün wurde Palle von den freiwilligen Nachwachen. Peter verhöhnte ihn, wenn er an seinen Beobachtungsposten vorbeiging. Eines Tages brachte Peter einen großen Sack auf sein Schiff. Das waren seine Hühner, er sperre sie in den Laderaum. „Hier kann' se sich unversorgt satt-treten, Herr Jorsten, dat is nich verboten! Nirgendwo steht dat, in teen een Geefbook!“ Dann machte er einen Freudenanzug auf dem Aufendeck seines Schiffes und brüllte: „Anshoeten, anshoeten!“ zum Zöllner hinüber. Später wurden die beiden die besten Freunde. Palle Jorsten wohnte nach seiner Pensionierung drüben auf dem Festland. Jedes Jahr begruben sie das Kriegsbeil viele Male und Peter setzte seinen Freund zum Testamentsvollstrecker ein. Palle beschwor damals feierlich, daß bei Peters Beerdigung kein Auge trocken bleiben würde.

„Herr Peter ist über den Blutdruckmesser gestolpert.“ Fräulein Mathilde stand mit verweinten Augen und in Trauerkleidung am Bahnhof. Palle Jorsten war telegraphisch ans Stertebett Peters gerufen worden. „Jawohl, der Blutdruckmesser hat ihn umgebracht“, erzählte Mathilde auf dem Nachhausewege. „Der Doktor hat ihn aufgegeben. Herr Peter war immer gesund und fidel. Da hat ihn

jemand den Blutdruckmesser mit einer Beschuldigung der Krankheiten gegeben und damit war es aus. Da fing er an zu tränkeln. Früher stand er immer zeitig auf, fütterte die Hühner und frühstückte gut und reichlich. Seitdem er diesen Dreck hat, ist er bettlägerig. Wenn er morgens Unlustgefühle und Appetitlosigkeit am Blutdruckmesser ablas, stand er gar nicht auf. Und so wurde es schlimmer und schlimmer. Der Sargträger hat alle seine Särge ans Bett geschleppt und Herr Peter hat den bequemsten ausgesucht. Er liegt schon drin. Der Doktor hat gesagt: Agonie. Heut abend kommt er vorbei, um den Totenschein auszustellen.“

Peter Reimer ging den dunklen Weg des Todes. Jetzt stand er wohl schon vor dem Tor ins Ungewisse. Palle stand erschüttert am Sarge und weinte. So weh war es ihm ums Herze. „Lieber Peter, lieber Peter —“, mehr konnte er nicht sagen und streichelte die mageren Hände. Die Augen waren geschlossen, wie aus einer anderen Welt kam es, kaum hörbar: „Denke an deinen Schwur, Palle, erste Klasse mit Musik —“. „Ja, ja“, söhnte Palle, „vielleicht stirbt sich's ruhiger, wenn du zusehen kannst, daß ich's in deinem Sinne in Ordnung bringe.“ Palle legte sich an den Schreibtisch und schrieb die Todesnachrichten. Nach einer Weile hob sich der Zeigefinger Peters mit Anstrengung. „Was hast du, Peter?“ „Hast du — Todesanzeige — für die Zeitung, Palle? Ganze Seite — und — die schwarze! Wasen — soll'n se!“ Palle hatte es vergessen. Er schrie und ärgerte sich über sich selbst. Auf dem Tisch stand der Blutdruckmesser, Palle warf ihn durchs Fenster — anderen sollte das kein Unheil bringen. Der Kopf des Sterbenden lag unbeweglich abgewandt, die schnelle Bewegung Palle war ihm trotz-dem nicht entgangen. Zum ersten Male hob er die Augenlider. Er fragte mit den Augen. „Der Blutdruckmesser laugt nichts — der flog zum Fenster raus. Eben habe ich's probiert, das Ding zeigt falsch an“, log Palle. „Falsch“, echote der Sterbende, unruhig

legte er sich auf die andere Seite, ein Wurmeln folgte, das wie „Donnerwetter“ und „Himmelstund“ klang.

Palle war beim Aufbahnen. Er schloß die Fenster, zog die Vor-hänge dicht, räumte auf, trug silberne Leuchter, Palmensichel und Blattpflanzen aus dem Hausflur herein und kam dabei in gelinden Schweiß. Apathisch hatte Peter anfangs zugehört. Jetzt glitten seine Hände unruhig über die Decke, die Züge seines Gesichtes be-gannen mitzugehen. Seine Stimme klang resigniert, fast ärgerlich: „Alter Palle, so sieht's — doch nicht — bei ner — Leiche — erster — Klasse — aus! Wie Stube — und Küche — sieht das aus, Palle! Stell' doch — die kleinen — Topfpflanzen — auf Stühle, damit man's besser sieht — das kostet doch — mein schweres Geld!“ Palle ist in Fahrt. Er hat den Gehrock ausgezogen und zerrt am Hübel der großen Palme. „Wer ist hier Testamentsvollstrecker — bei! Ich mache wie ich will. Du hast als Leiche stille zu sein. Basta!“ Und Palle krepelt die Hemdsärmel auf. „Wer stirbt den hier, du oder ich?“ Peter sagt es gereizt und legt sich im Sarge auf. „Du hast meinen Anordnungen im Testament zu folgen. Da steht es schwarz auf weiß und die Schrift läßt nicht.“

„Na ja“, begütigt Palle. „Das wird schon pampig genug aus-sehen. Was ist in dieser Kiste?“

„Alter Portwein für die Trauergäste. Die sollen nicht sagen, daß ich kniefällig war.“

„Ist der Wein vom Kaufmann hier gekauft? Dann kann es ein eklatanter Reinsfall sein. Laß mal sehen —“

Palle hatte Palle die Flasche entfort, trank schmalzend, kritisch murmelnd: „Nächte mir noch kein abschließendes Urteil erlauben — probiere erst mal, Peter!“

Peter hatte Palle's Gesicht gespannt beobachtet und sah bereits auf der Sarglante.

„Humm — tjö — tjö — mmmme“ Peter trank das Glas. „Recht hast du, Palle, wegen dem abschließenden Urteil — noch einen —“

Als der Arzt wegen des Totenscheins kam, sahen die beiden in dichten Rauchwolken auf der Sarglante. Sie waren zum Grog übergegangen, um „Großbrasse“ zu speisen“ und wider den Stachel des Todes zu lösen, wie es in der Bibel heißt.

# Harold Spitzer: Schwarze Audienz

## Nach einem abessinischen Tagebuch

Obwohl die Sonne wie irrsinnig vom tiefblauen Himmel nieder-brannte, spürte ich sie diesmal weniger, weil mein ganzes Denken und Fühlen auf das bevorstehende Ereignis gerichtet war: meine erste Audienz bei einem Fürsten, einem schwarzen Fürsten! Tagelang waren wir geritten, als endlich das „Schloß“ des Fürsten Aliu, eines kleinen Regenten im Staate Amhara, dem ich einen Besuch abstatten wollte, auf einem größeren Hügel aufge-lautet war. Von weitem nahm es sich wie ein riesiger Heustapel aus: ein schmuddeliger, quadratischer Steinbau mit einem mächtigen Strohdach und vielen kleinen Fenstern. Von unserem Lagerplatz haben wir jetzt nur noch einen hohen Palisadengang, der sich in halber Höhe um den ganzen Hügel herumzog.

Gleich nachdem das Zelt aufgestellt war, hatte ich Ephraim, meinen lieben schwarzen Diener, hinauf ins „Schloß“ geschickt, um anzufrohen, ob Ras (Fürst) Aliu mir Audienz gewähren wolle. Es ließ also etwas Zeit, meine Vorbereitungen zu treffen.

Der Tropenhelm und die Segeltuchschuhe lagen gepußt vor mir. Ich hatte mich nur mehr umzuziehen. Blühschnell dröhte vom Hügel her ein dumpfes Getrampel. Erleichtert sprang ich ins Freie: Durch ein riesenhaftes Tor im Palisadengang marschierte eine Kom-pagnie schwarzer Soldaten, an ihrer Spitze Ephraim, herunter. Schleunigst beendete ich meine Toilette und trat gleich darauf in Haltung dem Militär entgegen. Es waren vielleicht hundert Mann in Khakiuniform mit langen Hosen und barfuß. Am Kopfe trugen sie hohe Schildekappen. Jeder hatte ein Gewehr geschultert. Auch der Offizier. Vor meinem Zelt machten sie halt und Ephraim teilte mir, stolz grinsend, auf italienisch mit, Ras Aliu freue sich, meine Bekanntschaft zu machen und habe mir seine Leibgarde zum Em-pfang entgegen geschickt.

Das schwarze Militär nahm mich in die Mitte, und wir stiegen zu dem „Schloß“ hinauf. Dort führten zwei Soldaten mich und Ephraim, der als Dolmetsch fungieren sollte, durch einen langen, weißgetünchten, türlosen Gang, an dessen fernen Ende ein bun-tfarbiger Strohporchang leuchtete. Blühschnell wurde er hochgezogen und wir betreten den „Audienzsaal“ des Ras. Hier sah es wie in einem riesigen Erdbeerladen aus; ein europäisch-afrikanisches Tohu-wabohu strökte uns an: Auf einem almodischen Jaharstuhle — wörtlich zu nehmen — thronte Ras Aliu und streckte mir eine Hand entgegen; ein Mann in den besten Jahren. Er trug ein weißes Hemd, über das ein wunderschöner, schwarzseidener Leber-wurf lässig gezogen war, weiße, lange Hosen und an den Füßen sandalähnliche, dunkelrote Schuhe. Die schwarzen, getränkten Haare spielten einen munteren Reigen. Sein ausgesprochen schönes, längliches, schwarzes Gesicht drückte Würde und Wohlwollen aus, leise von wilder Groustigkeit durchzogen. Und die Augen: ver-schlossene, stolze, rätselhafte Augen. In der einen Ecke des Saales befand sich eine weißlackierte Gartengarnitur. Ueberall verstreut hingen oder standen mächtige Uhren ältesten Kalibers, einen ir-rumigen Spektakel von sich gebend. Jrgendwo schummerte unter Staub eine Nähmaschine. Am Boden lagen herrliche, bunte Teppiche abessinischer Abkunft. Von der ziemlich niederen Decke düftete eine große Petroleumgaslampe anheimelnd herunter. Die Wände waren prächtig bemalt, meist abessinische Fürsten im Ornat darstellend.

Ich sah dem Ras in unmittelbarer Nähe gegenüber, hinter mir stand Ephraim. Im Laufe des Gesprächs wurde ich gefragt, ob ich eine der fürstlichen Uhren, die schönsten, reparieren könne. Die alte Kiste stand ganz schief. Nachdem ich ihr zu richtiger Haltung ver-holfen hatte, began sie lustig und dankbar zu ticken. Ras Aliu war gerührt; irgendwo in seinem Gesicht ging die Sonne auf und wuchs zu mächtigen Strahlen.

Blühschnell polterte durch den Vorhang in welchem Tempo ein Wirbelsturm herein, staute bei meinem Anblick, guckte mich aus riesigen Augen neugierig an und verlor sich dann schleunigst hinter seines Vaters Thron: der kleine Ras, das Käselein. Gleich darauf knallte eine tüchtige Kauschelle, die der strenge Papa seinem Sprößling für das unmonetäre Benehmen kunstgerecht und treff-sicher nach rückwärts verabreicht hatte. Das Fürstlein, genau so ge-liebt wie sein Erzeuger, wurde, fürchterlich brüllend, hinaus-geführt.

Nun nahmen wir an dem Gartentisch Platz, er war mittler-weile gedeckt worden mit Tellern, Besteck und einer mächtigen Holz-schüssel, in der ein ganzer Hühnerstall in dunkelbrauner Tünche schwamm. Die Hühner schmeckten ausgezeichnet. Wenn nur dieser braune Saft nicht gewesen wäre. Paprika ist ja nicht dagesen! Fortwährend mußte ich „Tefich“, ein hartes, hierartiges Getränk, hinuntergießen, um meinen Schlund nicht für immer zu zerstören. Es wurde ich langsam heiter.

Nach der Mahlzeit bot ich meinem Gastgeber italienische Ziga-retten an. Leider aber hatten sie Mundstücke, die dem Ras fremd zu sein schienen; er steckte seine Zigarette vertehrt in den Mund und begann, gleich nachdem ihm sein Diener Feuer gegeben hatte, dunkel zu grollen und spuckte dann nach allen Richtungen hin aus. Im Nu bewälte sich sein Antlitz. Auf einmal warf er entschlossen und mit Schwung die Zigarette von sich. Noch blieb ich ernst. Dem folgenken wäre aber meine Beherrschung auch nicht gewachsen gewesen, selbst wenn ich Himbeersaft statt „Tefich“ getrunken hätte.

Der Ras ließ mir mitteilen, daß sein Diener Champagner holen gegangen sei. Eine Unberührung, die mich unbeschreiblich freute. . . . Was aber war das, was der Diener da heranschleppte? Eine riesige, mindestens fünf Liter fassende Flasche mit der Etikette: Kognak. Mein Jubel wurde zahmer. Der Diener schenkte mir ein Wasserglas voll und ich trank — Rum. Schlechten, hundeschlechten Rum! Trotz dieser abermaligen Attade auf meinen armen Schlund mußte ich lachachen. Zum Glück legte dies der Ras als Bekol-lundgebung aus und lächelte stolz-vollstret.

Blühschnell tauchte ein Diener mit einem kleinen bunten Strohkörbchen in der Hand und einem jungen Löwen auf der anderen auf. Eine starke Eisenkette machte das Raubtier, welches die Größe einer riesenhaften Kage hatte, unschädlich. Leise, ohne rechts oder links zu blicken, pfotete das Löwenbaby gerade auf den Ras zu. Als ob es von ihm hypnotisiert wäre. Wenige Schritte vom Thron entfernt, duckte es sich plötzlich und sprang, wild auffauchend, gegen seinen Gebieter. Der scheinbar darauf abgerichtete Diener riß die Kage zurück, so daß sie in aufwührender Stellung knurrte. Dies machte dem Ras unendliche Freude. Dann klatschte er in die Hände und das Baby mußte sich empfehlen.

Nun brachte mir der Diener das Strohkörbchen. Ich hob den Deckel ab und nahm eine gelbe, vielleicht 10 Zentimeter lange und bleistiftdicke Stange heraus, die sich wie Wachs biegen ließ: reines Gold, ein Geschenk für mich.

Dann erhob sich der Ras und bat mich, noch lange sein Gast zu bleiben: ein herrlicher vom Krauselhaar bis zu den Sandalen, würdevoll, stolz und gültig.

Hinter dem Vorhang warteten wieder zwei Soldaten, die mich hinunter begleiteten. Wie groß aber war mein Entsetzen, als ich neben einem kleinen Zelt einen großen, zirkusähnlichen Aufbau erblickte. Daneben briet ein ganzes Kalb am Spieß. In dem Riesenzelt stand ein europäisches Eisenbett mit einer herrlichen Matraze. Ich legte mich sofort hinein. . . . Ras Aliu ist ein Fürst, ein wirklicher Fürst.

## Herolde, Riecher und Kofferpacker

In keiner Stadt der Welt gibt es soviel ausgefallene Berufe wie in London. In den Straßen der Hauptstadt kann man gelegent-lich Herolde beobachten, die mit lauter Stimme Nachrichten ver-künden, die für die Allgemeinheit oft gar kein Interesse haben. Man kann sich nämlich in London durch Vermittlung der Polizei einen Herold mieten, der in den Straßen eines bestimmten Bezirks aus-gerufen wird, eine goldene Uhr oder eine Brieftasche seien verloren-gegangen. Zeremonienmeister für Privatgesellschaften ist gleichfalls ein in London stark verbreiteter Beruf. Vor kurzem ist der älteste Zeremonienmeister dieser Art, ein gewisser William Knight Smith, im Alter von 74 Jahren gestorben. Knight Smith war ein Meister seines Fachs. Er besah eine Stentorstimme und war besonders dazu geeignet, bei feierlichen Banketten in vornehmen Häusern nach dem Rechten zu sehen und die Gäste zu ihren Plätzen zu geleiten. Kein einziges großes Bankett fand in London ohne die Teilnahme dieses „Prominenten“ statt. Das Honorar Knight Smiths betrug gewöhnlich 20 Pfund, und es war erst in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage auf 15 Pfund gesunken. So konnte der Senior der Zeremonienmeister ein ganz anständiges Vermögen hinterlassen. Viele junge Damen verdienen sich in London das Geld dadurch, daß sie spozieren geben. Sie sind von einer Gummi-firma verpflichtet, täglich 20 Kilometer auf Gummifüßchen zu laufen, um ihre Festigkeit zu prüfen. Erst nach dieser Prüfung werden die Sohlen verkauft. Die jungen Damen sind mit Schrittmessern ver-sehen und bekommen für ihre Bemühungen ein anständiges Honorar. Leute, die einen besonders entwickelten Geschmacksinn besitzen, werden in London engagiert, damit sie vor einem großen Diner das Essen kosten. Sie schmecken ab und geben den Rat, das Fehlende noch hinzuzutun. Es gibt auch Fachleute im Paden von Koffe-kofern. Sie werden hauptsächlich von unbefähigten Junggeleiten in Anspruch genommen.



# Der Staat als Unternehmer.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft. — Ein Buch von Dr. Staudinger

„Seit der zunehmenden Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage ist die öffentliche Unternehmung zum Spielball oberflächlicher Schlagworte in einem erbitterten Interessentkampf geworden. Der Wunsch, durch den Verlust einer leidenschaftslosen Darstellung der staatlichen Unternehmertätigkeit in Vergangenheit und Gegenwart, den Boden für eine sachliche Erörterung bereiten zu helfen, hat den Verfasser veranlaßt, der Aufforderung der Herausgeber zur Mitarbeit an dieser Schriftenreihe nachzukommen.“ (Aus dem Vorwort.)

Mit diesen Worten begründet Genosse Dr. Staudinger, Staatssekretär im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, das Erscheinen seiner Schrift „Der Staat als Unternehmer“ (6. Band in der von den Genossen Ministerialrat Goslar und Ministerialrat Dr. Hirschfeld herausgegebenen Schriftenreihe „Du und der Staat“, Verlag Gersbach u. Sohn, Berlin, 99 Seiten, Preis 1,25 M.). Über die Schrift ist eine Ueberrasschung; ihr Wert geht weit über die angekündigte bescheidene Absicht hinaus, eine belehrende und meinungschlichtende Aufgabe zu erfüllen. Für den, der im wirtschaftspolitischen Kampf steht und der lesen kann, ist sie eine staatsmännliche Schrift, die ohne ausdrückliche Formulierung — das ist durch die Beamtstellung des Verfassers erschwert — aber mit um so mächtiger Wirkung die These mit historischem und Tatsachenmaterial belegt, daß der Staat den Primat der Wirtschaftsführung immer hatte und heute erst recht für sich in Anspruch nehmen muß.

Staudinger ist kein Professor. Ein Professor hätte drei, vier, schließlich von wenigen gelebte Bände aus dem von Staudinger bearbeiteten Daten gemacht. Staudinger ist ein Frontkämpfer der Staats- und öffentlichen Wirtschaft, neben seinem Minister der entscheidende Disponent aller preussischen Staatsunternehmungen und ein Hauptverantwortlicher der staatlichen Wirtschaftspolitik im Reich überhaupt. So konnte Staudinger frisches pulsendes Leben mit der Sonde eigener umfassender Erfahrungen gestalten, und die knapp hundert Seiten seiner absolut tendenzlos entworfenen Schrift sind durch Staudingers doppelten Erfahrungsreichtum für den interessierten Leser zu einem ungeheuer aktuellen Plädoyer für die führende Funktion des Staats in der Volkswirtschaft geworden. Daß Staudinger als Wissenschaftler und Staatsfunktionär es für eine Ehrenfrage hält, volkswirtschaftliche Notwendigkeiten nie durch privatwirtschaftliche Zustände zu verkümmern zu lassen, konnte die Aktualität und Bedeutsamkeit der Schrift nur erhöhen.

Die Schrift hat einen historischen, einen darstellenden und einen wegweisenden Teil. Die größte Arbeit steht sicher im darstellenden Teil; doch konnte hier — außer der bisher selten gegebenen Zusammenfassung von staatlicher und kommunaler Unternehmertätigkeit — nichts wesentlich Neues geboten werden; denn Tatsachen sind in Deutschland schon immer sehr sorgfältig registriert und geordnet worden. Aber schon der historische Teil — übrigens wohl der erste Wurf spezifisch preussischer Staatswirtschafts- und Unternehmungsgeschichte — ordnet die Tatsachen zu der überzeugenden Erkenntnis, daß es einen Primat der Privatwirtschaft, wie er heute verlangt wird, vor der staatlichen Wirtschaftslenkung nie gegeben hat.

Der erste und größte Unternehmer war überhaupt der Staat, und gerade unter „Friedrichs Reg.“ erfolgte die stärkste Entwicklung der Wirtschaft durch den Staat. Der Erzbergbau, der Steinkohlenbergbau an der Ruhr und in Schlefien, die ersten größeren Hüttenwerke, sie sind staatliche Gründungen. Für die Kleinellen- und die Textilindustrie gilt dasselbe.

In der Zeit, in der der Liberalismus dem Staat die Rolle des „Nachwächters“ zuteilen wollte, finanzierte die staatlich-preussische Seehandlung (die heutige Staatsbank) den ersten deutschen Industrieexport und den Import der ausländischen Rohstoffe. Ein Bericht des Seehandlungspräsidenten Rothbar von 1844 nennt Kammerzispinnereien, Woll- und Baumwollwebereien, Zinkwalzwerke, Maschinenbauanstalten, Eisen- und Stahlgußwarenfabriken, Flachspinnereien, Papierfabriken und Gemische Fabriken, die die staatlich-preussische Seehandlung mit mittel- und langfristigen Krediten finanziert, teilweise allein gegründet hat und an denen sie hoch beteiligt war. Die Dampfschiffahrt auf der Spree, Havel und Elbe ist ebenfalls eine Gründung

der Seehandlung. Das geschah noch in der Zeit des Liberalismus, als der Staat, wie es die Geschichte heute lehrt, der Wirtschaft alle Freiheit gegeben hatte.

Der Privatkapitalismus ist es also nie gewesen, der die heutige Volkswirtschaft „entwidelt“ hat. Die wichtigsten volkswirtschaftlichen Interessen mußten aber auch dann vom Staat wahrgenommen werden, als der Kapitalismus seine höchste Blüte erreicht hatte, denn die „Freiheit der Wirtschaft“ führte sofort zu monopolistischem Mißbrauch und zur Vernachlässigung volkswirtschaftlicher und sozialer Notwendigkeiten, die keinen Profit abwarfen oder bei denen das Risiko zu groß war.

Der Staat mußte seit den neunziger Jahren Kohlen- und Kaliunternehmer in größerem Maßstabe sein, um den Monopolmißbrauch zu begegnen, er mußte der Kapitalverschleuderung im Raubbergbau durch sein Machtwort ein Ende setzen, er mußte die Elektrizitätswirtschaft weitgehend in die Hand nehmen, den landwirtschaftlichen Kredit, die öffentliche Wohnungsbauförderung organisieren und allein die Mißbräuden der Volksmassen für „die Wirtschaft“ fruchtbar machen. Ueberall verlagte hier das Prinzip der freien Wirtschaft, verlagten auch die Hebel der Unternehmerinitiative und des Profits.

Witten in die unerhörten Staatseingriffe der allerjüngsten Zeit führt die Darstellung

### der heutigen Aufgaben und Funktionen der öffentlichen Unternehmung.

Im dritten, dem wegweisenden Teil des Staudingerschen Buches, daß es purer Mangel an historischem Wissen und Verständnis, schlechter Wille und offener Profitneid sind, die heute die staatliche Unternehmertätigkeit als wirtschaftsschädlich demenzieren, ergibt sich bei Staudinger als sichere Erkenntnis, die Existenzberechtigung der öffentlichen Unternehmung liegt aber nicht allein in ihrer Leistungsfähigkeit, so heißt es bei der Darlegung der volkswirtschaftlichen Funktion der staatlichen Unternehmertätigkeit, sondern auch „in der Ausrichtung ihrer Wirtschaftstätigkeit auf die Allgemeinheit, in ihrer Gegenwirkung gegen die nun einmal naturnotwendig einseitigen Interessen des Privatunternehmens“. Daß der Grundsatz der Rentabilität streng zu beachten ist, ohne daß das Renteninteresse Selbstzweck sein darf, daß eine dauernde Prüfung der Kostengestaltung und weiteste Publizität nötig sind, sind für Staudinger Selbstverständlichkeiten.

Der wichtigste Abschnitt ist aber der letzte des dritten Teils, der die Aufgaben der öffentlichen Unternehmungen in der nächsten Zukunft behandelt. An den Beispielen des Verkehrswesens, der Energieversorgung und der Kreditwirtschaft wird die Notwendigkeit entwickelt, daß die Unternehmertätigkeit des Staats sich nach gesamtwirtschaftlichen Planungen auf allen einzelnen Gebieten zu orientieren hat und daß öffentliche Wirtschaft und staatliche Wirtschaftsplanung als Einheit begriffen werden müssen.

Das historisch zufällige Nebeneinander von staatlicher, provinzieller und kommunaler Unternehmertätigkeit auf gleichen Gebieten muß einer auf Wirtschaftlichkeit abgestimmten gemeinsamen Planung weichen, die der gegenseitigen öffentlichen Konkurrenz ein Ende zu machen hat. Mit einem gewissen Zorn stellt Staudinger fest, daß auf dem zur gesamtwirtschaftlichen Planung längst reifen Gebiet der Kraftversorgung auch der mangelnde gute Wille „verantwortlicher Leiter großer Unternehmungen“ größte Schwierigkeiten bereite (Beispiel der Ostark-Willer-Plan und U.G. für Deutsche Elektrizitätswirtschaft). Dann zeigt Staudinger Wege zum vollkommenen Ineinandergreifen der öffentlichen Unternehmungen „im Dienste rationaler Produktionspolitik und sparsamster Kapitalverwendung“: einheitliche Aufsicht und Zusammenfassung des Geld- und Kreditverkehrs sämtlicher Unternehmungen der öffentlichen Hand, fortlaufende Mitteilungspflicht der öffentlichen Unternehmungen einschließlich der Versicherungsträger an eine zentrale Reichsstelle, Ausgleich der Kredit- und Anlagebedürfnisse in einer Gesamtdisposition, Zusammenfassung der öffentlichen Geld- und Kreditanstalten zu bestimmter einheitlicher Wirkung, organisatorische Verbindung der Mittel- und Kleinkredit pflegenden Anstalten mit den verwandten genossenschaftlichen Kreditanstalten. Eine Konjunkturpolitik der öffentlichen Unternehmungen, bisher immer gefordert und nie durchgeführt, sei nur möglich, wenn die öffentliche Wirtschaft eine richtunggebende einheitliche Anlage- und Reservepolitik durchführt.

Staudingers Schrift wird in Fachkreisen ohne weiteres große Beachtung finden, schon allein durch die aktive Stellung des Verfassers im öffentlichen Wirtschafts- und im Staatsleben. Für die organisierte Arbeiterschaft und den deutschen Staatsbürger, der mit Verständnis seine Rechte und Pflichten in Wirtschaftsdingen wahrnehmen will, ist Staudingers Schrift ein um so zuverlässigerer Gehilfe und Wegweiser, als der preussische Handelsminister Dr. Schreiber dem Buch eine zustimmende Einleitung vorangestellt hat, so daß Staudingers Auffassungen auch als Richtlinien der preussischen Unternehmungs- und Wirtschaftspolitik angesehen werden dürfen.

K-7.

## Erhöhter Baumwollverbrauch!

Die günstige Konjunktur der Textilindustrie.

Aus einer Mitteilung der Internationalen Baumwollverarbeiterorganisationen erhält man jetzt die Bestätigung dafür, daß es der Baumwollindustrie trotz der Weltkrise relativ sehr gut gegangen ist und auch eine Erklärung für die hohen Dividenden, von denen wir für Deutschland berichten konnten. Ganz im Gegenteil zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung hat sich in dem Ende 1932 geschlossenen Halbjahr der Weltbaumwollverbrauch gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres nicht gesenkt, sondern erhöht. Er ist von 11,16 auf 11,47 Millionen oder um 306 000 Ballen gestiegen. Auch der Verbrauch Deutschlands hat sich von 364 000 auf 437 000 Ballen erhöht, wobei von der Zunahme nur 42 000 Ballen auf die Vermehrung der Vorräte entfallen.

Angesichts dieser Entwicklung fällt die Ungerechtigkeit doppelt ins Auge, daß man gerade in der deutschen Textilindustrie die Löhne auf ein solches Niederniveau gebracht hat, wie wir es heute haben.

### Die Reichsbank am 7. März.

Die Rückzahlung des Notenkredits. — Sonst ausgeglichene Devisenbilanz.

Der Reichsbankausweis vom 7. März zeigt die nach jedem Monatsende zu erwartende Entlastung. Die Wechselbestände nahmen um 85,4 auf 3268,3, die Schatzwechsel um 9,6 auf 34,2, die Lombardarlehen um 84,6 auf 218,4 Millionen ab. Die fremden Gelder auf Girokonto verringerten sich um 103,9 auf 318,9 Millionen Mark.

Der Notenumlauf ging um 60,4 auf 4178,9, der an Rentenbank Scheinen um 8,0 auf 411,1 Millionen zurück. In den Gold- und Devisenbeständen zeigt sich die nach der 10prozentigen Abzahlung des ausländischen 100-Millionen-Dollar-Kredits erwartete Verringerung der Goldbestände; die Gold- und Devisenbilanz ist sonst aber ausgeglichen. Die Goldbestände verringerten sich um 45,5 auf 850,0 Millionen, die Bestände an bedungsfähigen Devisen nahmen um 7,6 auf 156,4 Millionen zu, so daß sich angesichts der Goldrückzahlung für den Notenbankkredit im Betrage von 42,5 Millionen Mark noch ein kleiner Devisenüberschuß ergibt. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen hat sich auf 24,8 gegen 25,2 Proz. in der Vorwoche verringert.

### Reichsbank und Russenwechsel.

Disfontübernahme für 120 Millionen.

In den Verhandlungen der Eisenindustrie mit der Reichsregierung hat das Reich eine Erhöhung seiner Garantie für die Russenlieferung, die insgesamt 1 Milliarde Mark beträgt, abgelehnt. Dagegen hat die Reichsbank sich bereit erklärt, Russenwechsel in Höhe von 120 Millionen, die bei der Eisenindustrie lagern, zum Restkont zu übernehmen, falls eine Bankengruppe sich mit einer zweiten Unterschrift daran beteiligt. Durch diese Transaktion wird die Möglichkeit gegeben, weitere Russenaufträge zu finanzieren.

Im übrigen werden im Laufe dieses Jahres russische Zahlungen in Höhe von insgesamt 375 Millionen Mark fällig, wodurch entsprechende Garantiebeträge des Reiches frei werden. Bis zum 1. April haben die Russen aus den durchgeführten Lieferungen

**975**

**Ein Treffer ist unsere neue Sonder-Preislage**

**DAMEN-, KNABEN- U. MÄDCHENSCHUHE**

**QUALITÄT IN UNÜBERTROFFENER PREISWÜRDIGKEIT**

**Mercedes SCHUHE**

**Mercedes**  
Friedrichstr. 61 • Potsdamer Str. 53

**Mercedes**  
Steglitz, Schloßstr. 100

